

Drucksache

der vernetzenden Organisation

No. 2, Juli 2008

WAS WAR:

Freiraum eröffnet! - Kämpfe um selbstorganisierten Raum erfolgreich	2
Künast auf's Dach gesetzt	4
Ausweg: Ziviler Ungehorsam	5

DEBATTE:

Selbstverständniserklärung der Vernetzenden Organisation	8
Rückblick auf das VO-Treffen in Darmstadt	10
Zum Begriff „Methode“	14
Modell der drei Ebenen und zwei Räte	16
Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ...	18
Politik im Patriarchat	24
Wahlkampf ist scheiße	29

WAS KOMMT:

Fünftes Europäisches Peoples' Global Action Treffen in Nord Griechenland	30
Carambolage CALL-OUT for Global Office Berlin PGA-inspired Infopoint	31

Freiraum eröffnet! - Kämpfe um selbstorganisierten Raum erfolgreich

Basisdemokratisches Bündnis Göttingen

Nachdem Verhandlungen mit der Uni-Leitung lange Zeit erfolglos blieben, besetzten im Januar Studierende den Raum MZG1140 im ZHG. Nachdem zwei Wochen ständig starker Betrieb mit teilweise über 50 Menschen in dem Raum herrschte, zeigte die Uni-Leitung Härte und ließ den Raum polizeilich räumen. Nachdem die Proteste mit einer Spontandemo und weiteren Aktionen weiter liefen, lenkte die Uni-Leitung schließlich ein und erklärte sich bereit einen anderen Raum zur Verfügung zu stellen. (mehr Infos zum MZG1140 findet ihr in der Chronik unten)

Nun ist es so weit: Nach längerem hin- und her über die Modalitäten des Nutzungsvertrages konnte der Raum am 27. Juni, 2 Monate später als vereinbart, endlich bezogen werden. Der ca. 50m² große Raum befindet sich jetzt in fester Hand aller Nutzer_innen und kann von allen Interessierten gestaltet und genutzt werden. In gemütlicher Atmosphäre kann dort jede_r einen Gratis-Kaffee genießen, zusammen lernen, plaudern oder einfach nur herum sitzen. Den Raum findet mensch im Erdgeschoss des Blauen Turms hinter dem Hausmeister-Häuschen links (hinter den Kopierern). Noch ist nicht alles fertig eingerichtet, jede_r der möchte kann sich daran beteiligen.

Die Nutzer_innen laden außerdem zum (vorerst) wöchentlichen offenen Nutzer_innen-Plenum jeden Freitag um 16 Uhr im Raum ein. Dort können Fragen zu Organisation, Einrichtung und Umgang miteinander im Raum diskutiert werden. Auch nach einen passenden Namen wird noch gesucht.

Die Auseinandersetzungen um den Raum und das Ergebnis zeigen einmal mehr, dass studentische Kämpfe durchaus noch in der Lage sind, die Bedingungen an der Uni zu verändern. Ein gezieltes Übertreten von Regeln und ein bewusster Einsatz militanter Praxis konnten recht schnell Bewegung in einen Prozess bringen, der auf dem regelkonformen Verhandlungsweg sich keinen Millimeter zu bewegen schien.

Wer also zwischen Seminar und Vorlesung im

alltäglichen Uni-Stress mal einen Ruhepunkt braucht, die_der findet dort einen selbstorganisierten Ort, in dem selbst bestimmt werden kann, wie und in welchem Ambiente mensch sich dort aufhalten möchte. Falls ihr mal in Göttingen seit - Kommt doch einfach mal vorbei!

Kampf um Freiraum an der Uni - eine Chronologie

Am Dienstag den 29.01.08 räumte ein Kommando der Polizei den Raum MZG 1140 im „Blauen Turm“ der Uni Göttingen. Dieser wurde für zwei Wochen besetzt, um ein selbstverwaltetes Café zu betreiben. Das Café wurde von vielen Studierenden rege genutzt. Bis auf die Unileitung hatte niemand ein Problem mit dem neu geschaffenen Freiraum. Inzwischen hat die Unileitung ihre Blockadehaltung aufgegeben und stellt einen Raum für ein selbstverwaltetes Café zur Verfügung. Grund genug für uns einmal die gesamte Entwicklung revue passieren zu lassen.

Die Vorgeschichte

Besetzung und Räumung haben eine Vorgeschichte. Im Juli 2006 zerstörte ein Feuer große Teile des Oeconomicums – ein Gebäude auf dem zentralen Campus der Uni Göttingen. Von der Zerstörung betroffen war auch das Café Kollabs – ein selbstverwaltetes Café, das im Keller des Oeconomicums untergebracht war. Über dieses Café gab es eine Nutzungsvereinbarung mit der Unileitung. Noch in der Brandnacht begann die Propaganda gegen das Kollabs. Hausmeister und Wachpersonal versicherten, das Feuer sei im Kollabs ausgebrochen. Nur konnten sie der Feuerwehr nicht zeigen, wo der Brandherd lag. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der Brand noch vergleichsweise überschaubar. Das Gebäude konnte noch ohne Atemschutz betreten werden. Der Feuerwehr gelang es jedoch nicht den Brandherd schnell genug auszumachen, um das Feuer bekämpfen zu können, was dagegen spricht, dass die Hausmeister genau wussten, wo es ausgebrochen war. Das spielte jedoch für die Demagogie der Unileitung keine Rolle. Ab sofort galt die

Devise, das Feuer sei im Café Kollabs ausgebrochen. Mit dieser propagandistischen Rückendeckung machte sich nun der Zentralcampus zum Verschwinden zu bringen. Ohne Begründung wurde eine Verlängerung des Nutzungsvertrages verweigert. Für seine restliche Laufzeit wurden keine Ersatzräumlichkeiten angeboten. Dies war der Auftakt für eine Kette von Unverschämtheiten.

Von Seiten der Nutzer_innen des Kollabs gab es eine kurze vom BB initiierte Unterschriftenaktion für den Erhalt bzw. die Neuerrichtung eines selbstverwalteten Raums. Propagandistisch war man jedoch in die Ecke gedrängt worden. Das Kollabs wurde verantwortlich gemacht für einen Brand, bei dem ein Feuerwehrmann ums Leben kam. Die Unileitung hatte keine Skrupel dieses tragische Ereignis in ihrem Kampf gegen das Kollabs zu instrumentalisieren. Inzwischen liegt ein Abschlussbericht der Feuerwehr vor, der sowohl Brandstiftung nicht ausschließt, als auch verschiedene andere Brandursachen in Erwägung zieht. An Aufklärung der wahren Ursachen hat jedoch von Seiten der Uni scheinbar niemand mehr ein Interesse. Hat doch der erste Verdacht bereits gute Dienste geleistet und ein tieferes Bohren könnte unangenehme Fragen aufwerfen, z.B. über die Sicherheit der technischen Anlagen, die im Keller des Oeconomicums untergebracht waren. Oder den Zustand der Stromkabel, die in dem Keller in einem weitgehend ungewarteten Zustand vor sich rum gammelten. Oder, warum der Feuermelder den Brand nicht gemeldet hat, sondern erst der Hausmeister, oder was es mit dem Colaautomaten auf sich hatte, der einige Wochen zuvor bei einem technischen Defekt in Brand geraten war.

Zeit der Verhandlungen

Es folgte eine Phase, in der sich eine Initiative unter dem Label „delete control – enter space“ formierte, um auf dem Verhandlungsweg zu einem neuen Freiraum zu gelangen. Vor dem Hintergrund der kaltschnäuzigen Kündigung im Jahr 2006 ein sehr wohlgeheimer Versuch, wieder mit der Unileitung

ins Gespräch zu kommen. Diese antwortete mit einem „Angebot“, das dreist zu nennen noch vergleichsweise höflich ist. Ein 27 m² großes still gelegtes Traföhäuschen weit ab vom Campus (siehe Foto rechts). Dabei kam sie sich so generös vor, dass sie beleidigt reagierte, als dieses „Angebot“ abgelehnt wurde. Weitere „Angebote“ kamen von der Unileitung nicht.

Die Besetzung

Nach längerer Vorbereitungszeit kam es dann zur Besetzung am 16.01.08. Diese Besetzung war gut vorbereitet. Innerhalb kürzester Zeit, war der MZG 1140 in ein gemütliches Café umgestaltet. In einem Selbstorganisationsprozess wurden Verantwortlichkeiten für die verschiedenen Aufgaben des Cafébetriebs verteilt. Von Anfang an fand der neue Raum großen Zuspruch von Seiten der nicht direkt beteiligten Studierenden. Nachdem die Unileitung versucht hatte die Besetzung durch Einschüchterung zu beenden, akzeptierte sie zunächst den Status Quo und kündigte neue Angebote an. Sie versicherte, dass „solange es nicht zu Lasten von Forschung und Lehre gehe, (...) die Universität grundsätzlich bemüht (sei), Räume für Eigeninitiativen von Studierendengruppen bereitzustellen.“ (<http://www.uni-goettingen.de/de/3240.html?cid=2865>)

Verhandlung oder Verarschung? – das ist hier die Frage

Um es vorweg zu sagen: Nach Lage der Dinge können die „Verhandlungen“ von Seiten der Unileitung nur mit Blick auf die mediale und uniinterne Öffentlichkeit geführt worden sein. Hier wollte man sich selbst als kompromissbereit, die Besetzer_innen aber als unflexibele Blockierer_innen darstellen. Es ging nie darum, den Besetzer_innen Angebote zu machen, die deren Vorstellung auch nur im entferntesten entsprechen sollten. Diese Vorstellungen waren von den Besetzer_innen transparent und klar formuliert worden. In ihrer Pressemitteilung vom 17.01.08 heißt es:

Es bleibt vorerst dabei, unsere Forderungen lauten:

- Die Zusicherung im Raum bleiben zu können oder ein ernstzunehmendes Angebot zu
- einer Alternative, die sofort bezogen werden kann.
- Ein Alternativraum müsste folgende Kriterien erfüllen:

- öffentlicher Zugang (sichtbar im Uni-Alltag)
- zentrale Lage am Campus (Theologicum, ZHG, Sozio-Oeconomicum, Juridicum)
- Tageslicht (ausreichend Fenster)
- ausreichende Größe (mindestens 50m²)
- einfacher Zugang zu sanitären Anlagen (+Strom, Wasser und Heizung)
- Eine schriftliche Aufstellung eines konkreten Angebots.
- Keine weitere Einmischung in die Verwaltung und Verwirklichung dieses neuen Freiraums.

Die Universität legte nun ein Raumangebot vor. Das Café sollte in einen Nebenraum eines ehemaligen Heizwerks umziehen, das in einigen Monaten abgerissen würde (siehe Foto links). In dieser Zeit sollte ein endgültiger Raum gefunden werden. Die Besetzer_innen nahmen dieses Angebot mit einer Einschränkung an: Da zum Zeitpunkt der Verhandlungen gerade die Raumpläne für die nächsten Semester gemacht würden, sollte bereits jetzt ein Angebot für einen endgültigen Raum vorgelegt und schriftlich zugesichert werden. Für den Fall, dass dieser Raum nicht sofort bezogen werden könnte, waren die Besetzer_innen mit einem Umzug in das Heizwerk einverstanden.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Hinhaltetaktik des Präsidiums waren die Besetzer_innen nicht bereit, sich ihren einzigen Verhandlungstrumpf aus der Hand nehmen zu lassen, solange kein belastbares Angebot vorlag. Die Unileitung betrachtete die Reaktion der Besetzer_innen als Ablehnung. Die folgenden Ereignisse erklären warum.

Nachdem die Besetzer_innen der ersten Täuschung nicht auf den Leim gegangen waren, folgte am Mittwoch, 23.01.08 ein weiteres „Angebot“. Man bot zwei Räume im Rosa-Luxemburg-Haus (Asta-Gebäude) an. Dies hatte man nicht mit dem Asta abgesprochen. Dieser war auch nicht bereit, die beiden Räume zur Verfügung zu stellen. Hätten die Besetzer_innen das Angebot angenommen, hätte die Univerwaltung den Asta gezwungen, die Räume her zu geben.

Die Besetzer_innen haben das Angebot jedoch aus mehreren Gründen abgelehnt. Erstens entsprach auch dieser Raum nicht dem wichtigsten Kriterium der Campusnähe und damit Präsenz im Studierendenalltag. Zweitens wollte man nicht Räume der studentischen Selbstverwaltung in Räume in studentischer Selbstverwaltung verwan-

deln, sondern neue Freiräume schaffen. Drittens war man nicht bereit sich gegen den Asta ausspielen zu lassen. Dementsprechend wurde dieses Angebot abgelehnt.

Eine Strategie wird sichtbar

Der erste und der zweite Vorschlag zusammen genommen ergeben ein gutes Bild von der Strategie der Unileitung. Zunächst bietet man eine Übergangslösung außerhalb an, die bald verschwinden soll. Wenn die Besetzer_innen dann kein Druckmittel mehr in der Hand haben und wissen, dass sie in dem Gebäude nur für eine kurze Zeit bleiben können, macht man ein Angebot, mit dem man den Konflikt in die Studierendenschaft trägt. Nun hätten die Besetzer_innen die Wahl gehabt in dem Gebäude zu bleiben bis es abgerissen wird, oder sich gegen ihren eigenen Asta zu stellen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, weil die Besetzer_innen dem ersten Täuschungsversuch nicht auf den Leim gegangen sind.

Lügen der Unileitung

Gegenüber der Öffentlichkeit hat die Unileitung während der ganzen Zeit immer wieder mit Lügen gearbeitet. Über das „Angebot“ im Asta schrieb die Pressesprecherin der Uni, Marietta Fuhrmann-Koch: „Die Universität Göttingen hat den Studierenden, die seit Mittwoch vergangener Woche einen Seminarraum im Mehrzweckgebäude der Hochschule besetzt halten, einen konkreten Raumvorschlag für ein selbstverwaltetes Café auf dem Campus unterbreitet.“ Damit soll der Eindruck erweckt werden den Forderungen der Studierenden nach einem zentralen Ort werde Rechnung getragen.

Das Rosa-Luxemburg-Haus liegt jedoch nicht auf dem Campus. In einem Gespräch mit dem Stadtradio lässt Fuhrmann-Koch das Lügengebäude dann zusammen stürzen. Dort wird sie zitiert: „Eine kurzfristige Lösung direkt auf dem Campus sei zurzeit jedoch nicht möglich (...) Zwei Übergangsvorschläge außerhalb des Campus hatten die Studierenden abgelehnt.“ Auf einmal liegen die Räume also außerhalb des Campus und aus dem „konkreten Raumvorschlag“ sind „Übergangsvorschläge“ geworden. Wahrheit ist das was man draus macht.

to be continued...

Nach der Ablehnung des zweiten Täuschungsmanövers sah sich die Unileitung

nun wohl genug in der Öffentlichkeit legitimiert, die Räumung des Raums gewaltsam zu erzwingen. Am Morgen des 29.01.08 stürmte eine Polizeieinheit verummmt, mit Schlagstock und Vorschlaghammer den Raum und nahm die dort Anwesenden fest. Damit hatte die Unileitung die nächste Runde eingeleitet. Denn der Kampf um Freiräume war damit erst eröffnet.

An einer Spontandemo am Abend des selben Tages nahmen bis zu 350 Menschen Teil, die deutlich gemacht haben, dass in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Gegen den Willen der Polizei, die die Demo von Anfang an massiv angriff und zu stoppen versuchte, setzten sie ihre geplante Route durch und liefen bis zum Campus. Dieses entschlossene Vorgehen hinterließ bei der Uni-Leitung offenbar bleibenden Eindruck. Ihre Pressesprecherin äußerte am nächsten Morgen, nun seien Dinge möglich, die am Vortag noch nicht möglich gewesen seien, und bot neue Verhandlungen an. Zu einer symbolischen Eröffnung des Cafés am darauf folgenden Donnerstagmittag, die die Nutzer_innen trotz Räumung demonstrativ durchführten, erschienen 200 Personen. Dort wurde versprochen, dass spätestens ab

Anfang des nächsten Semesters ein Raum zurück erkämpft werden würde.

mission accomplished

Dieses Versprechen können sie halten. Scheinbar ist der Unileitung klar geworden, dass sie sich wegen ihrer Verweigerungshaltung auf ungemütliche Zeiten hätte einstellen müssen. Es folgten abermals Verhandlungen, in denen die Uni schließlich den Bau eines Raumes im Erdgeschoss des MZG (blauer Turm) anbot. Dieser Bau wird gerade fertig gestellt. Der Raum wird 61 m² groß sein, mit seiner Glasfassade und einer Terrasse sogar noch chilliger werden, als der MZG 1140. Es lohnt sich ab Ende April einmal vorbei zu schauen, denn dann wird der Raum voraussichtlich bezogen werden können. Das konsequente aber besonnene Vorgehen der Aktivist_innen hat sich damit bezahlt gemacht.

Scheiß AStA

Vielleicht fragt sich der ein oder die andere zurecht, wo der Asta bei dieser Auseinandersetzung vorkommt. Selbst als die Unileitung die Räume des Asta über seinen Kopf hinweg

vergeben wollte, war von diesem nichts zu hören. Ganz im Gegenteil war man dort froh, dass die Besetzer_innen das Angebot ablehnten. So mussten sie sich nicht dazu äußern. Als sich der Asta dann schließlich äußerte hätte er lieber schweigen sollen. Denn erst nachdem die Unileitung die Polizei gegen die Besetzer_innen eingesetzt hatte, sah sich der Asta zu einer öffentlichen Verlautbarung genötigt. Diese hatte es dann in sich: „Die BesetzerInnen“ müssten „sich vorhalten lassen, dass sie durch Annahme bereits des ersten Übergangsangebotes (Das Heizwerk, BB) der Universitätsleitung ihre rechtswidrige Protestform hätten aufgeben und weiteren Spielraum für eine Verhandlungslösung gewinnen können.“ Dass man im Asta zu dumm ist, um 1 und 1 zusammen zu zählen, beweist diese Aussage recht schlagend. Zu dem zweiten Angebot (Räume im Asta), dessen Ablehnung durch die Besetzer_innen die Uni zur Beendigung aller „Verhandlungen“ geführt hat, ist gleich gar keine Rede. Dass die Besetzer_innen durch den Gang in das Heizwerk gezwungen worden wären, genau dieses Angebot gegen den Willen des Asta anzunehmen, wollten die konformistischen Spießler von ADF und Jusos offensichtlich nicht verstehen.

Künast auf 's Dach gesetzt

Aktionsgruppe Grünes Sofa (Berlin)

Heute wurde die von der Grünen Bundestagsfraktion organisierte Veranstaltung „Un(i)gerecht“ massiv gestört. Die als Gesprächsangebot getarnte PR- und Image-Kampagne, welche an insgesamt fünf Universitäten stattfindet, besuchte heute die so genannte „Freie Universität Berlin“.

Kurz vor zwölf stürmten Studierende die Mensa, wo eine Sitzgarnitur für die Parteiveranstaltung aufgebaut war. Das „grüne Sofa“ wurde raus getragen und auf das Dach des FU-Hauptgebäudes gestellt. Ziel dieser Aktion war es, der Grünen-Partei, die unter anderem durch Renate Künast und Kai Gehring vertreten war, keinen Raum für ihre Parteipromotion zu bieten.

Nachdem die Grüne Jugend das Sofa zurückerobert hatte, begann die Veranstaltung mit einiger Verspätung. Weitere Störungen unter anderem mit lauter Musik machten eine

Außenwirksamkeit unmöglich und führten zu einem vorzeitigen Abbruch der Veranstaltung. Die angestrebte Fortsetzung der Grünen-Werbeveranstaltung durch einen Besuch im zur Zeit an der FU stattfindenden Protest Campus Camp, wurde verhindert. Camp-BewohnerInnen sahen keine gemeinsame Diskussionsgrundlage.

Grund für die Proteste und die Diskussionsverweigerung ist unter anderem die Zustimmung der Grünen zum Kosovo- und zum Afghanistan-Krieg. Mit Hilfe der Grünen beteiligte sich Deutschland erstmals seit 1945 wieder an einem sogenannten „völkerrechtswidrigen“ Angriffskrieg. Doch auch in anderen Politikfeldern wird deutlich, dass die Grünen nicht jene unverbrauchte linke Kraft sind, als die sie sich präsentieren wollen. Forderungen nach der sofortigen Abschaltung aller Atomkraftwerke mussten im Rahmen der Regierungsbeteiligung schnell einem un-

zureichenden Atom-Konsens weichen. Aus der Opposition heraus stellen sich die Grünen in vielen Bundesländern als GegnerInnen von Studiengebühren dar. Dort, wo sie an Landesregierungen beteiligt sind, änderte sich dieser Kurs recht schnell. So führte die Rot/Grüne-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen 2003 Studiengebühren ein, in Hamburg muss unter Schwarz/Grün derzeit auch bezahlt werden. Einen Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren wurde durch die Grünen Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft explizit abgelehnt.

Friedliche Protestaktionen werden von der Hamburger Landesregierung weiterhin kriminalisiert. Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gegen Berliner Studierende, welche an einer Solidaritätsaktion gegen Studiengebühren in der Hamburger Landesvertretung beteiligt waren, wurden bis heute nicht zurückgezogen.

Ausweg: Ziviler Ungehorsam

LiSA (Bremen)

Drei Semester lang versuchten Studierende der Universität Bremen die Umsetzung des Hochschulkürzungsplans HEP V durch das Rektorat zu verhindern. Immer wieder wurden die Sitzungen des Akademischen Senats blockiert. Am Ende erklärte das Rektorat das Verwaltungsgebäude für einige Tage zur studierendenfreien Zone und setzte den HEP V als „Elitenbeschluss“ eigenmächtig gegen die Universität um. Ein Rückblick des Aktivplenums.

So früh ist sonst eigentlich keiner an der Uni. Es ist 6.30 Uhr, irgendwo auf dem Campus: Eine Gruppe Studierender versucht, sich die Müdigkeit aus den Beinen und den Köpfen zu treiben. Der Atem kondensiert in der kalten Luft und das Bewusstsein scheint sich noch in anderen Sphären zu befinden, zum Glück ist wenigstens der Magen noch nicht dahinter gekommen, dass er eigentlich ein Anspruch auf Frühstück hätte. Die wichtigste Frage lautet an diesem Morgen: Sind es genug Leute, um die Türen zu besetzen? Es wird noch mal durchgezählt - ja es sind genug da. Sie besprechen noch mal kurz, warum sie eigentlich da sind - die Umsetzung des Kürzungsplans HEP V verhindern - was geplant ist - reingehen, Türen von innen dicht machen und MitarbeiterInnen, die schon arbeiten hinaus bitten - und warum das Ganze richtig und nötig ist. Das Rektorat will den HEP V, der Studiengänge schließen und die allgemeine Studiensituation drastisch verschlechtern wird, unbedingt umsetzen. Noch im Frühjahr war das Rektorat gegen die Kürzungen auf die Straße gegangen, behauptet gar heute noch, dass es gegen die Kürzungen ist - hohle Worte. Die Studierenden wollen sich das nicht gefallen lassen und zeigen heute, dass sie nicht nur symbolisch agieren, sondern auch die praktische Verstümmelung der Universität verhindern können und wollen. Kleine Gruppen bilden sich, jede wird eine Tür übernehmen, dann setzen sie sich in Bewegung in Richtung Verwaltungsgebäude. Noch ist niemand zu sehen, die Türen sind aber offen und in einigen Büros brennt Licht. Sie sind drin!

Auf einmal geht alles ganz schnell, die Grup-

pen eilen durch das Gebäude und verteilen sich zielstrebig auf alle Türen. Seile werden rausgeholt, die Türen zugebunden und mit allen auffindbaren Gegenständen verbarrikiert. Ein Fenster ist von da an der einzige Zugang zum Gebäude. In einigen Büros wird bereits gearbeitet. Die MitarbeiterInnen werden freundlich heraus gebeten, jemand hatte ihnen fiktive Beurlaubungen geschrieben. Einige gehen schnell, andere schließen sich ein und wieder andere behaupten, sie holen nur schnell ihre Herzmedikamente, um sich dann ebenfalls wieder einzuschließen. Es gibt angespannte Situationen, aber letztendlich verläuft alles friedlich.

Bis zum Mittag haben alle MitarbeiterInnen das Gebäude verlassen, der Kanzler hat ihnen frei gegeben, wofür sie am Samstag wiederkommen müssen. Unverständnis herrscht, teilweise auch Wut. Die Aktiven versuchen zu erklären, dass der Kürzungsplan auch sie und ihre Kollegen betrifft, nicht alle lassen sich überzeugen. Die Frage kommt auf: „Ist es das wert?“ Darf der Unibetrieb gestört werden, weil die Universität zusammengestrichen werden soll und manche Studierende keine andere Möglichkeit sehen, dies zu verhindern? „Na klar! Wir haben gar keine andere Wahl! Was bringt eine Univerwaltung, die ihre eigene Auflösung erarbeitet?“ lautet die Antwort.

Der Kanzler hatte schon gleich am Morgen die Polizei gerufen, ließ es aber dann doch nicht auf eine Räumung ankommen. Einige „befreite“ MitarbeiterInnen kommen später mit Einkaufstüten bepackt zum Eingangsfenster und fragen, ob die Besetzung doch vielleicht auch morgen noch anhalten könnte, der Weihnachtseinkauf sei in der gehetzten Vorweihnachtszeit vormittags einfach viel angenehmer. „Mal sehen was wir machen können“, sagt eine Besetzerin.

In der Zwischenzeit wurde das Gebäude umfunktioniert und gemütlich eingerichtet. Die verbarrikierten Türen werden sporadisch kontrolliert, Plena veranstaltet, Pressearbeit gemacht, Essen besorgt, die Besetzung auf den Campus hinausgetragen, usw. Des Wei-

teren stehen noch Workshops an, u.a. soll ein Ersatz für das durch die Besetzung ins Wasser gefallene Treffen der Stugen mit der Konrektorin für Lehre veranstaltet werden. Auch die am nächsten Tag stattfindende AS-Sitzung muss vorbereitet werden, sowie die zeitgleich stattfindende geplante Pressekonferenz im besetzten Verwaltungsgebäude. Abends werden Filme gezeigt an diesem schon gar nicht mehr so fremden Ort. Es ist lehrreich, wie schnell man sich auch an diese Umgebung gewöhnt. Bis spät in die Nacht arbeiten einige an Texten und diskutieren über das weitere Vorgehen, der erkämpfte Freiraum wird produktiv genutzt.

Am nächsten Morgen geht es um 5 Uhr wieder los. Die Nacht war kurz und kalt, weil „rein zufällig“ die Heizung ausgefallen ist. Es kommt jedoch wärmende Unterstützung von aktiven Studierenden aus Hannover, die sich spontan auf den Weg gemacht hatten, um im Verwaltungsgebäude der Uni Bremen gegen Bildungsabbau zu protestieren. Solche Solidarität wünscht man sich öfters! Die einzigen, die eine noch anstrengendere Nacht hatten, waren die beiden vom Rektorat abgestellten Wachleute, welche die ganze Nacht in der Eiseskälte um das Verwaltungsgebäude patrouillierten. Die BesetzerInnen versorgen sie mit warmen Kaffee und Pizza. Zum Frühstück kommen diejenigen wieder, die mit dem warmen und gemütlichen Bett Vorlieb genommen hatten und bringen Brötchen mit. Wieder gibt es einiges zu tun, die Presse meldet sich seit Beginn der Aktion ständig und berichtet per Zeitung, Radio, Internet und Fernsehen, die Aktion ist von großem Interesse und wird in den meisten Beiträgen durchaus wohlwollend aufgegriffen. Kritische Stimmen kommen vor allem hinterher, auch von Studierenden. Manche konnten aufgrund der Besetzung nicht zu Beratungs- oder Sprechzeiten gehen oder schlimmer, ihre Arbeitsverträge unterschreiben. Die Besetzung beinhaltete ein hohes Risiko, denn niemand wollte anderen Studierenden oder MitarbeiterInnen schaden, aber das Thema der Kürzungen musste wieder auf die Tagesordnung, und das wurde erreicht. An den folgenden Tagen hat die Verwaltung dann

glücklicherweise Sonderzeiten angeboten und so die dringendsten Fälle versorgt, beziehungsweise unterschreiben lassen.

Weniger erfolgreich war leider die Pressekonferenz, wobei im gleichzeitig stattfindenden Akademischen Senat das Rektorat auch seine neuen Personaltableaus auf Basis des HEP V vorstellte. Teile der BesetzerInnen verlasen eine Erklärung, ein gemeinsamer Standpunkt wurde nicht gefunden. Den lauterem Applaus bekam allerdings die Erklärung zur Besetzung des Verwaltungsgebäudes und nicht das Personaltableau.

Am späten Nachmittag wurde auf einem Plenum beschlossen, das Gebäude zu verlassen und gemeinsam zu gehen; die vergangenen Stunden waren sehr anstrengend und die Aktion kam so zu einem guten Schluss.

Die darauf folgenden 7 Wochen sollten wiederum ganz im Zeichen des HEP V stehen: Zunächst am 23. Januar auf einer regulären und am 06. Februar auf einer Sonderbesetzung des Akademischen Senats. Schon wieder standen die schlimmsten Kürzungen seit Unigründung und der Umbau in eine Schmalspuruni auf der Tagesordnung und abermals wurden beide Sitzungen verhindert. Das spannende an diesen Aktionen ist, dass jedes Mal neue Menschen dazu kommen und ihrem Unmut Luft machen. Nur wenige haben alle AS-Sprengungen mitgemacht. Dementsprechend verlief auch jedes Mal die Vorbereitung, da immer wieder neu über Sinn und Unsinn dieser Aktion und ihre Notwendigkeit diskutiert werden musste. Trotzdem laufen diese Aktionen immer gut ab, selbst wenn die Türen des Sitzungssaals verschlossen sind und schnelles Handeln gefragt ist. Das liegt wohl nicht zuletzt daran, dass die Leute nicht zentral organisiert sind, sondern sich ihren eigenen Kopf machen und daher wissen, was sie zu tun bereit sind. Der Prozess der Reflektion über Mittel und Ziele des Protests gegen HEP V lief bei Einigen auch schon auf einer sehr praktischen Ebene:

Der Versuch, sich an den Verhandlungen über den HEP V, sei es im AS oder in sonstigen universitären Gremien zu beteiligen, führte bei den meisten zu der Erkenntnis, dass sie bei den dort herrschenden Mehrheitsverhältnissen sowieso keinen Einfluss ausüben können. Warum also Energie aufwenden, wenn die eigene Position sowieso keine Rolle spielt und nur als passive Legitimationsquelle gebraucht wird?

Häufig wurde nämlich nach entsprechenden Sitzungen gesagt: „Der Beschluss wurde mit den Studierenden getroffen.“ Im besten Falle waren dies dann vier von fünfundzwanzig (4 von 25) Stimmen gegen die dreizehn Stimmen (13) der DekanInnen und ProfessorInnen, was die realen Mengenverhältnisse von knapp 19.500 Studierenden bei etwa 250 Professuren (Tendenz abnehmend) in keinsten Weise widerspiegelt. Daher ist der Vorwurf, dass der AS kein demokratisches Gremium ist, durchaus gerechtfertigt.

Und wenn diese institutionelle Vertretung keine Handlungsoption mehr bietet, was bleibt da noch außer die „Außerparlamentarische Opposition“, um einen zeitgemäßen Vergleich zu bemühen. Aktionen des zivilen Ungehorsams sind nicht nur nötig, sondern auch erfolgreich. Schließlich wurde die Umsetzung des HEP V so seit Juni 2006 verhindert, wobei zwischenzeitlich sogar einige Dekane erkannten: „Dies Studierenden haben uns die Augen geöffnet.“ So äußerte sich Thomas Krämer-Badoni, Dekan des Fachbereichs 8, im Januar 2007 und unterstützte die Aufforderung von Studierenden, gegen die Kürzungen aktiv zu werden und sie nicht einfach so hinzunehmen.

Diese Entwicklung vollzog sich unter anderem auch beim Rektorat, welches im Frühjahr 2007 versuchte, sich an die Spitze des „Statusübergreifenden“ Protests zu stellen. Dabei war dieser Protest nicht homogen, sondern eine Ansammlung von Leuten, die eigentlich auf der einen Seite viel lieber den „Status“ von Menschen abschaffen wollen und auf der anderen Seite jene, die mehr Geld für „ihren“ Lehrstuhl haben wollen, mit einer großen Menge an Meinungen dazwischen. Der kleinste gemeinsame Nenner war die Forderung nach mehr Geld, aber was damit geschehen sollte und wie diese Forderung am besten erreicht werden könnte, darüber herrschte Uneinigkeit. Die Differenzen waren letztlich so stark, dass die traute Geschlossenheit noch vor der Wahl aber erst kurz nach der großen gemeinsamen Demonstration in der Stadtmitte wieder zusammenbrach.

Als Lehre lässt sich formulieren, dass ein Verzicht auf wichtige Forderungen zugunsten eines möglichst breiten Protests zum Verlust von Durchsetzungskraft führt. Denn zwar wurden der Uni kleinere Finanzspritzen versprochen (die heute, nach weniger als einem Jahr, schon wieder zur Disposition stehen), aber eine wirkliche Umkehr von der Umset-

zungspolitik im AS oder der Sparpolitik in der Bürgerschaft fand nicht statt.

Die Forderung nach einem Rücktritt des Rektors hat nicht an Aktualität verloren. Gerade wegen der Umsetzungspolitik bezüglich des HEP V forderten Studierende im Sommer 2006 diesen Schritt, da das Rektorat die Interessen der Universität nicht mehr vertrat. Nach den wankelmütigen und opportunistischen Positionswechseln während der Protestphase kann diese Forderung daher nur wiederholt werden: Das Rektorat muss (immer noch) weg!

Denn was folgt als Nächstes? Das Rektorat kündigte an, aufgrund des starken Widerstands eine eigenmächtige Entscheidung zur HEP V-Problematik zu fällen. Das Bremische Hochschulgesetz (BremHG) ermöglicht dem Rektorat seit 2007, den HEP ohne den AS zu beschließen. Präventiv wurden die letzten Reste demokratischer Mitbestimmung zerstört, um die Sparvorhaben diktatorisch durchsetzen zu können. Dieser Prozess ist zwar rechtlich erlaubt, hat mit dem Leitbild einer demokratischen Universität aber nichts mehr zu tun. Rektorat und Politik haben sich mit dieser rechtlichen Regelung von dem Jahrzehnte alten und auch in Bremen erstrittenen gesellschaftlichen Konsens einer selbstverwalteten Hochschule entfernt. Von einem demokratischen Prozess kann auf dieser Grundlage keine Rede mehr sein.

Dabei hätte das Rektorat im Rahmen des BremHG auch die Möglichkeit gehabt, den Beschluss nicht zu fällen und so aktiv gegen den Kürzungsplan vorzugehen. In diesem Fall hätte die Senatorische Behörde und damit die Politik über den HEP V entscheiden müssen. Daher ist die Behauptung, dass das Rektorat zu einem Beschluss gezwungen wurde, falsch. Es hatte eine Handlungsalternative und hat sich gegen sie entschieden. Der Widerstand, der angeblich die Universität blockierte, hätte sich voll auf die politischen Verantwortungsträger konzentrieren können, wenn das Rektorat anders entschieden hätte.

Es kam, wie es kommen musste. Am 4. April lud das Rektorat zu einer Pressekonferenz ein, um seinen Beschluss über den HEP V kund zu tun. Es wendet sich damit gegen die Beschlüsse zweier universitärer Vollversammlungen aus dem Frühjahr '07, welche den Kürzungsplan ablehnen. Darüber hinaus erfolgte die Entscheidung ohne einen Beschluss des Akademischen Senats. Damit

wird es alleine verantwortlich für die kommenden Kürzungen und kann sich nicht mehr hinter einer pseudodemokratischen Legitimation durch den AS verstecken.

Zur Pressekonferenz am Montag waren Alle geladen, nur die Studierenden nicht. Diverse Presseredaktionen hatten bereits am Freitag zuvor eine Einladung zum Pressegespräch inklusive Verweis auf einen HEP V-Beschluss vorliegen. Gegenüber dem AStA dementierte die Pressestelle jedoch, dass es eine Entscheidung zum HEP V oder schriftliche Einladung diesbezüglich gegeben hätte. Einige Studierende ließen sich jedoch dadurch nicht abhalten. Es wurden noch einmal alle Kräfte mobilisiert und schnell eine Aktion aus dem Ärmel gezaubert. Der HEP V war beschlossen, daran gab es nichts mehr zu rütteln. Es ging nur noch um die öffentliche Verkündung.

Also, was tun? Streiken? Schlechter Scherz! Ist mit den heutigen Studierenden nicht zu machen. Aber in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass diese Entscheidung in Ordnung ist, war durchaus zu bewerkstelligen. Also wurde eine mittelalterliche Hofgesellschaft organisiert, eine Krönungsrede geschrieben, die Pressekonferenz gestürmt und der Rektor gekrönt, was bis auf das Rektorat Allen gefiel.

Das ändert jedoch nichts daran, dass der HEP V nun beschlossen ist. Was hat der Protest dann gebracht? Die Antwort ist: ne Menge! Dieser Kürzungsplan wurde durch aktiven Widerstand über zwei Jahre verhindert. So konnten viele Studierende zu Ende studieren, deren Studiengänge jetzt gestrichen werden. Des Weiteren hat es gezeigt, dass es sich lohnt, für seine Meinung einzustehen

und sich nicht alles von „Oben“ gefallen lassen. Es hat aber auch gezeigt, wohin trotz allem pseudodemokratischen Gelaber und Bekundungen zur Wichtigkeit der „Ressource Bildung“ die so genannten Entscheidungsinstanzen hinwollen, denn nur weil die Kürzungen politisch nicht umsetzbar waren, wurde gleich die Keule der Notverordnung herausgeholt. So wurde eine autoritäre Entscheidung gefällt, die darüber hinaus der (studentischen) Öffentlichkeit und den Kritikern verschwiegen wurde. Die Betroffenen werden von der Entscheidung ausgegrenzt, Beschlüsse fallen aufgrund des Drucks der übergeordneten Dienststelle und Kritiker werden ignoriert. Dies legitimiert auch weiterhin Widerstand gegen Sparbeschlüsse und gegen die Machtkonzentration bei der Universitätsleitung.



Selbstverständniserklärung der Vernetzenden Organisation¹

Stand: Mai 2008

Vorweg zur Ausgangslage

Die gegenwärtig immer umfassendere Einbindung des Bildungsbereiches in gesellschaftliche Verwertungsstrukturen ist eine Folge der Ökonomisierung aller Lebensbereiche nach dem kapitalistischen Prinzip. Alle Entwicklungen in diesem Prozess haben zwei grundsätzliche Tendenzen: Sie verstärken die gesellschaftlichen Auslesemechanismen, um Menschen effektiver dort hinzuleiten, wo sie innerhalb der herrschenden Verhältnisse von Nutzen sind, und sie verstärken die Konditionierung auf diese Verhältnisse, auf dass sich die Menschen nahtloser darin einfügen. In der Konsequenz ist der Raum für kritische Bildung und Wissenschaft, die sich an den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen orientiert und in diesem Sinne gegen Ausbeutung und Unterdrückung Partei ergreift, sowie der Raum für emanzipatorische Erkenntnisprozesse fast vollständig verschwunden.

Die aktuelle Schwäche kritischer und emanzipatorischer Positionen an den Hochschulen ist teilweise aber auch selbstverschuldet. Auf der Seite der Studierenden mangelt es an gemeinsamen Strategien für ein basisorientiertes, emanzipatorisches Handeln. Die bestehenden bundesweiten Verbandsstrukturen haben hier mit ihrer realpolitischen Parteipolitik bzw. ihrem lobbyistischen (Allein)Vertretungsanspruch, der eine kritische inhaltliche Positionierung zugunsten einer erhofften Massentauglichkeit scheut und sich in seinem Handeln auf eine Anbiederung an den gesellschaftlichen Mainstream beschränkt, ein riesiges Loch geschaffen. Dieses konnte in den vergangenen Jahren von losen Vernetzungszusammenhängen wie dem Nordnetz, Ostnetz, Westnetz, Südnetz oder den sporadischen „bundesweiten Vernetzungstreffen“ nur unzureichend ausgefüllt werden. Den Grund dafür sehen wir vor allem in inhaltlicher Beliebigkeit und der Ausrichtung auf Aktionismus und kurzfristige Arbeitserfolge.

Ziel dieser Selbstverständniserklärung ist es, zum wiederholten Mal deutlich zu machen,

worin unser Anspruch an uns und unsere Arbeitsweisen in einer vernetzenden Organisation von selbstorganisierten Basisgruppen besteht. Beides geschah bereits ausführlich in dem „Aufruf zur vernetzenden Organisation von BildungsaktivistInnen“ (November 2007) und in den nach der „BundesAktiven-Konferenz“ (BAK) in Berlin entstandenen Ergänzungen und Konkretisierungen zu diesem Aufruf (Dezember 2007).

Was wir wollen

Wir wollen die Beschränkung der politischen Kämpfe im Bildungsbereich auf – der direkten persönlichen Betroffenheit geschuldeten – Abwehrkämpfe überwinden und wieder offensiv für freie Bildung und ein besseres Leben streiten. Die VO soll dabei den Raum und den Rahmen einer freiwilligen, aber von uns als notwendig erachteten, selbstorganisierten, überregionalen Zusammenkunft darstellen. Auf diese Weise soll die Bedeutung und Handlungsfähigkeit kritischer und emanzipatorischer Politikansätze im Bildungsbereich und darüber hinaus gestärkt werden.

Die VO ist deshalb offen für alle bewegungsorientiert, basisdemokratisch, undogmatisch und emanzipatorisch arbeitenden Gruppen und Einzelpersonen, die unter anderem bildungspolitisch arbeiten, oder Bildungseinrichtungen als einen Ort ihrer politischen Praxis begreifen. Die Wahl dieses gesellschaftlichen Aktionsraumes ist für uns auch eine politisch strategische Überzeugung, wie gegenwärtig gesellschaftliche Veränderungen vorangetrieben werden können.

Als Ort der Selbstorganisation zwischen lokalen Gruppen stellt die VO keine eigenständig politisch in Erscheinung tretende Einheit dar; sie ist also kein Verband. Einzelpersonen, die mit der VO und ihrem Selbstverständnis sympathisieren, sind immer willkommen, aber gleichzeitig aufgerufen sich lokal in ihrem direkten Lebensumfeld zu organisieren.

Über den Austausch und die Verbindung unserer lokalen Kämpfe, unserer Analysen und

unseres Tatendrangs wollen wir mit der Hilfe gemeinsamer Strategien und Handlungsansätze Alternativen zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche stärker zu Tage treten lassen. Anspruch der VO ist es nicht, situative Zusammenschlüsse für einzelne Aktionen herzustellen, oder immer nur denen Gehör zu verschaffen, die gerade auf der Suche nach Verbündeten für ihre eigenen partikularen Zielsetzungen sind. Unser Anspruch liegt vielmehr in der kontinuierlichen und umfassenden Delegitimierung der herrschenden Verhältnisse mit Hilfe von gemeinsam gefassten Gedanken, gemeinsam entworfenen Handlungsoptionen und dem Austausch mit anderen Teilen sozialer Bewegungen.

Ausgangspunkt für unsere gemeinsame Sache ist dabei die sich der herrschenden kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen, etc. Logik entziehende Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Sie beinhaltet eine radikale Kritik des institutionalisierten Bildungssystems und der gesellschaftlich herrschenden Verhältnisse, die nicht voneinander zu trennen sind. Diese Utopie wollen wir, wo immer sie konkretisierbar ist, nicht nur theoretischen Traum bleiben lassen, sondern auch in Form von selbstorganisierten und selbstbestimmten Freiräumen praktisch werden lassen und (er)lebbar machen.

Anspruch an unsere Arbeitsweise

Der Anspruch, den wir mit der VO verbinden, gleicht einem egalitären Assoziationsprinzip. Die einzelnen Teilstrukturen (lokale Gruppen) erlangen in keiner Form Verfügungsgewalt übereinander. Basis der Zusammenarbeit ist die freiwillige Teilnahme, sowohl innerhalb des von dem Prinzip der vernetzenden Organisation geschaffenen Rahmens als solchem, als auch an der Umsetzung von Projekten und Aktionen. Es gibt keine Zwangskollektivierung der lokalen Gruppen unter dem Namen der VO. Alle Entscheidungen, Projekte und Aktionen werden immer nur von den daran Beteiligten getragen. Mehrheitsabstimmungen und Vetorechte entfallen auf diese Weise.

Diese Arbeits- und Interaktionsformen betrachten wir als den Versuch, unsere gemeinsamen politischen Utopien jetzt schon im alltäglichen Umgang miteinander Wirklichkeit werden zu lassen. Wir verstehen sie als elementare Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit und wollen sie an dieser Stelle pointiert aufgliedern. Wer nicht bereit ist diese Grundlagen mitzutragen, ist in der VO fehl am Platze.

Emanzipatorisch

Emanzipation bedeutet einen Prozess des Erkennens und der Selbstbefreiung von jeder Form von Unterdrückungsmechanismen. Ihr Ziel ist die Selbstbestimmung der Menschen. So ist sowohl mit rassistischen, nationalistischen, sexistischen etc. Gedankenträger_innen als auch mit parteibuchtreuen Realpolitiker_innen genauso wie mit linksdogmatischen Wahrheitsfetischist_innen oder Menschen, die nicht bereit sind, sich wenigstens gedanklich von den Zwängen ihrer gegenwärtigen Lebensbedingungen loszusagen, in einem emanzipatorischen Sinne keine konstruktive und progressive politische Arbeit möglich.

Unser emanzipatorischer Anspruch beinhaltet jedoch nicht nur eine klare Distanzierung von rassistischem, sexistischem oder nationalistischem Gedankengut, sondern auch kritisches Mitreflektieren der eigenen Position in bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Selbstbefreiung des Individuums ist mit dem einfachen Erkennen eines Missstandes eben noch nicht erreicht. Selbstreflexion ist deshalb nicht bloß Bonus, sondern unabdingbare Voraussetzung jedweder Form emanzipatorischen Denkens und Handelns.

Freiwilligkeit, bzw. freie Assoziation

Weder kann/soll/wird eine Gruppe, bzw. Person gezwungen oder genötigt eine Entscheidung mitzutragen, oder sich an Dingen zu beteiligen, welchen sie nicht zustimmt/(en), noch werden Menschen „im Dienst des großen Ganzen“ Funktionen oder Aufgaben aufgezwungen, noch kann davon ausgegangen werden, dass sich andere Basisgruppen und Einzelpersonen ohne konkrete Rücksprache an Prozessen oder Aktionen beteiligen. Gemeinsame Aktionen von Basisgruppen laufen grundsätzlich unter deren Namen ab. Die Gruppen können aber darauf hinweisen, dass diese Aktion im Rahmen der gemeinsamen Arbeit in der VO geplant wurde.

Konsensprinzip

Wir betrachten das Konsensprinzip als einen Ansatz, bei dem nicht am Ende eines Entscheidungsprozesses der Wille der Mehrheit über den Willen der Minderheit triumphiert. Konsens heißt jedoch nicht zwanghafte Gleichmacherei, sondern gerade das Anerkennen von unterschiedlichen Meinungen und im Zweifelsfall nicht miteinander vereinbaren Positionen mit allen daraus resultierenden Konsequenzen. Bevor ein Konsens ausgehandelt wird, sind die Notwendigkeit einer kollektiven konsensualen Entscheidung und die möglichen Optionen zu überprüfen.

Betroffenheitsprinzip

Das Betroffenheitsprinzip umfasst den Schutz vor Vereinnahmung sowie den Schutz von Nicht-Anwesenden.

Entscheidungen werden von Gruppen und Einzelpersonen getroffen, die an konkreten Projekten, Arbeitskreisen, etc. arbeiten bzw. die Auswirkungen tragen müssen. An der VO beteiligte Gruppen und Einzelpersonen, welche nicht direkt an solchen konkreten Projekten mitarbeiten und auch nicht deren Auswirkungen tragen müssen, können diese auch nicht z.B. durch ein Veto blockieren oder verhindern.

Auf der anderen Seite gibt es noch Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der VO, die die Auswirkungen einer Entscheidung tragen müssen, ohne an der Entscheidungsfindung oder Umsetzung beteiligt zu sein bzw. ohne sich beteiligen zu können. Wird das bei der Entscheidungsfindung nicht mit berücksichtigt, entsteht ein hierarchisches Moment - es wird über deren Kopf entschieden.

Transparenz und Offenheit

Informelle Hierarchien in Form von unterschiedlichen Wissens- und Informationsständen müssen vermieden werden. Es bedarf aber nicht nur einer kontinuierlichen horizontalen Kommunikation innerhalb der Struktur und der konsequenten Weitergabe von Informationen und Erfahrungen, sondern auch einer geeigneten Sicherung von Kommunikations- und Wissensständen dahingehend, dass neu hinzukommende Personen sich diese binnen kurzer Zeit (und auch möglichst umfassend) aneignen können, um so eine Machtkonzentration zu Gunsten der „alten Hasen“ zu vermeiden. Voraussetzung für die oben beschriebenen Offenheit der Struktur ist eine möglichst umfassenden

Transparenz nach außen.

Delegierte und imperatives Mandat

Es ist wünschenswert, dass möglichst viele Menschen der einzelnen Gruppen an den Treffen teilnehmen.

Wenn Gruppen Delegierte schicken, sollten sie diese im Sinne der Verlässlichkeit möglichst mit einem imperativen Mandat ausstatten. Wir verstehen darunter, dass vor einem Treffen innerhalb der jeweiligen Gruppen geklärt wird, inwieweit die Vertreter_innen für ihre Gruppe sprechen und Aufgaben übernehmen dürfen – damit gewährleistet ist, dass getroffene Verabredungen eingehalten werden können.

Dazu gehört auch, dass die Delegierten Rücksprache mit ihren Gruppen halten, wenn sie eine Entscheidung nicht in deren Namen treffen können. Die VO kann keine Entscheidungen für oder über die mitarbeitenden Gruppen treffen.

Hierarchiefreiheit

Die obigen Punkte sind ein Teil der Ausbuchstabierung unseres Anspruches auf eine hierarchiefreie Organisation des Projekts. Dies macht eine explizite Nennung des Anliegens an dieser Stelle allerdings noch nicht überflüssig. Wir lehnen institutionalisierte und informelle Hierarchien als zu bekämpfende Störfaktoren des menschlichen Miteinanders ab. Wir wollen niemanden vertreten, keine Macht über andere Teilnehmende ausüben oder (auch nur innerhalb der Vernetzung) unnütze und kontraproduktive Entscheidungsstrukturen aufbauen. Durch die Postulierung von Hierarchiefreiheit ist diese jedoch noch lange nicht erreicht. In der Praxis sollen sich deshalb alle Beteiligten aktiv für eine hierarchiefreie Zusammenarbeit einsetzen um diese im Ergebnis möglichst hierarchiearm zu gestalten.

Im persönlichen Umgang miteinander, z.B. in der Wahl der Worte oder der Argumentationsstrategien können (auch ungewollt) informelle Hierarchien und Machtmomente transportiert werden. Aus diesem Grund ist eine Reflektion darüber insbesondere im Sinne der angestrebten Hierarchiefreiheit unerlässlich.

Kontinuität

Unser Ziel ist es nicht, sich in Bezug auf tagesaktuelle Erscheinungen punktuell zusammenzuschließen. Wir vertreten vielmehr die

Auffassung, dass die gegenwärtigen politischen Einzelerscheinungen auf Grund einer ihnen innewohnenden und von uns abgelehnten gesamtgesellschaftlichen Tendenz zustande kommen. Daher soll unser Organisationsansatz weder zeitlich begrenzt, noch auf Vernetzungstreffen beschränkt sein, sondern sich an langfristigen Strategien für eine solidarische Gesellschaft inklusive eines solidarischen Bildungswesens orientieren. Grundsätzliche Voraussetzung für diese kontinuierliche Zusammenarbeit ist das Bewußtsein der lokalen Gruppen für die Notwendigkeit einer überregionalen Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten. Alle sind verantwortlich, Wissen (nicht nur bezüglich des Vernetzungszusammenhanges) weiterzugeben, damit Erfahrungen und Fähigkeiten nicht verschwinden.

Persönlicher Austausch

Unpersönliche, bürokratisierte Vertretungs- und Kommunikationsstrukturen sind Teil eines Herrschaftsapparates, der die Menschen vereinzelt und somit kollektive Organisation (mehr oder weniger gezielt) zunichte macht. Aus diesem Grund, aber auch um unsere politische Aktivität auf eine von vielen getragene Grundlage zu stellen, wünschen wir uns den intensiven Austausch möglichst vieler Menschen im Rahmen der VO.

Arbeitsstruktur

Aus den politisch motivierten Ansprüchen an eine gemeinsame Arbeitsweise ergibt sich für uns zum jetzigen Zeitpunkt eine konkrete organisatorische Arbeitsstruktur, die wir im Folgenden darstellen. Diese Struktur ist in keiner Form unumstößlich, sondern soll

zu jedem Zeitpunkt dahingehend hinterfragt werden, inwieweit sie die Realisierung unserer politischen Utopien zuläßt.

Vernetzungstreffen

Die Vernetzungstreffen finden vierteljährlich statt. Sie sollen eine breite Kommunikations- und Austauschplattform über aktuelle Themen, Ereignisse, Aktivitäten und Pläne der Gruppen bilden und auf die Entwicklung gemeinsamer Positionen und Handlungsperspektiven zu politischen Themen und Ereignissen abzielen. Inhaltliche Positionierung und die Planung gemeinsamer Handlungsansätze – also die Bereiche Theorie, Praxis und auch die Selbstorganisation – sollen dabei niemals parallel abgehandelt werden, damit keine Spaltung in Denker_innen und Organisierer_innen stattfindet. Die Treffen sollen an möglichst unterschiedlichen Tagungsorten stattfinden.

Vorbereitungsgruppe

Die Vorbereitungsgruppe soll keine hierarchische Instanz bilden und wird nach einem Rotationsprinzip besetzt. Sie besteht aus zwei lokalen Gruppen, von denen die Gruppe, die bereits zwei Treffen mit organisiert hat, auf dem Vernetzungstreffen durch eine neue Gruppe ausgetauscht wird. Ihre ausschließliche Funktion ist es die Vernetzungstreffen organisatorisch und im Rahmen des gemeinsamen Selbstverständnisses vorzubereiten (Infrastruktur, Einladungen, Koordinierung der jeweiligen inhaltlichen Themenschwerpunkte, etc.).

Arbeitskreise

Arbeitskreise sollen die inhaltliche Arbeit zu den Hintergründen aktueller Themen und

Ereignisse, sowie die organisatorische Arbeit zu Aktivitäten und Plänen leisten. Sie sollen punktuell und intensiv auf den Vernetzungstreffen aber falls notwendig auch darüber hinaus kontinuierlich arbeiten.

Zwischen den Treffen

Zwischen den Treffen sollen sich alle Beteiligten gegenseitig darüber auf einem gemeinsamen Stand halten, was an den verschiedenen Orten passiert, woran die einzelnen Gruppen arbeiten und wie sie ihre jeweilige Lage einschätzen. Arbeitskreise, die zwischen den Treffen arbeiten, sollten alle über ihre Arbeit informieren.

Seminarwochen

Zusätzlich zu den Vernetzungstreffen finden halbjährlich in den Semesterferien Seminarwochen statt. Auf ihnen werden Themen bearbeitet, die in der auf aktuelle politische Entwicklungen und Tendenzen bezogenen Arbeit notwendigerweise zu kurz kommen. Dazu gehört insbesondere eine intensive Beschäftigung mit grundsätzlichen Fragestellungen der politischen, wissenschaftlichen und philosophischen Theorie sowie die Reflexion der eigenen Arbeit.

Reflektion der Selbstverständniserklärung

Alle sind verantwortlich Widersprüche zu diesem Selbstverständniss offen anzusprechen und die Erfüllung dieser Ansprüchen zu reflektieren.

¹ Der Name ist eine Art Arbeitstitel und vorläufig.

Rückblick auf das VO-Treffen in Darmstadt

Inhaltliche Diskussion versus emotionale Auseinandersetzung

Auf dem letzten Treffen der vernetzenden Organisation von Bildungsaktiven in Darmstadt bestand der Hauptteil der Arbeit in der Diskussion und Ausarbeitung des Selbstverständnisses. Insbesondere am Samstag haben wir mit wenig Pausen bis spät in die Nacht gearbeitet, um fertig zu werden. Umso später es wurde, desto gereizter wurde auch die Stim-

mung (ich nehme mich da nicht aus). Jede Verlängerung des Plenums durch Kritik oder Gegenrede erhöhte diesen Stress und führte somit von einer sachlichen Diskussion weg zu einer emotionalen Auseinandersetzung. (siehe dazu auch: „Reicht es aus, mehr Pausen und früher Schluss zu machen?“) Unter anderem deshalb interessiere ich mich so für Methoden - wie kommt man am günstigsten zum Ziel? Wie kann man diesen Stressfaktor ausschalten? Und wie kann man in solchen Fällen eine pragmatische und vernünftige

Rafael Maria (Göttingen)

Lösung finden, die für alle zufriedenstellend ist? (=> Was ich mit ‚Methoden‘ meine, steht auf Seite 14)

Das entsprach in etwa meiner Absicht den Abschnitt über Methodenreflexion ins Selbstverständnis aufzunehmen. Ob das jetzt aber im Selbstverständnis drin steht oder nicht, ist letzten Endes eigentlich egal - das worum es mir geht, ist eine Auseinandersetzung über und ein Bewusstsein für die verwendeten Methoden und deren jeweilige Vor- und Nach-

teile bes. im Hinblick auf Hierarchiekritik.

Temporäre Kollektivpersönlichkeit zur Erarbeitung des Selbstverständnisses

Obwohl dieses Selbstverständnis gerade versucht, die Bildung einer Kollektivpersönlichkeit mit deren negativen Folgen zu verhindern (keine Verfügungsgewalt übereinander, keine Zwangskollektivierung, „Alle Entscheidungen, Projekte und Aktionen werden immer nur von den daran Beteiligten getragen.“), lag es in der Natur der Sache, dass bei der Ausarbeitung des Selbstverständnisses genau das entstand und auch entstehen musste: So kann es nur ein Selbstverständnis geben, welches eben von allen inhaltlich und praktisch, geteilt und umgesetzt werden muss, die an der Vernetzung teilnehmen möchten. Ein Spalten in verschiedene Plattformen mit minimal unterschiedlichen Ansätzen macht dabei wenig Sinn und wäre wohl auch nicht sehr konstruktiv.

Es scheint sich also nicht verhindern zu lassen, an dieser Stelle eine temporäre Kollektivpersönlichkeit zu bilden - das Selbstverständnis jedoch geht im Abschnitt über Freiwilligkeit davon aus, dass es genau diese Kollektivpersönlichkeit nicht gibt. Die beabsichtigte Freiwilligkeit verkehrt sich dadurch in diesem Fall zu einem Ausschluss, bzw. einer Spaltung. Wir werden deshalb in Zukunft einen Modus brauchen, der uns die Bearbeitung unseres Selbstverständnisses stressfrei, pragmatisch und inhaltlich fundiert ermöglicht - spätestens wenn wir in der Praxis festgestellt haben werden, dass dieses Selbstverständnis unvorhergesehene Schwächen zeigt oder sich äußere Umstände geändert haben.

Reicht es aus, mehr Pausen und früher Schluss zu machen?

Stärker auf die Konzentrationsfähigkeit und das Wohlbefinden zu achten, entspannt natürlich die Atmosphäre. Damit erhöht sich auch grundsätzlich die Bereitschaft, anderen zuzuhören und nachzufragen. Das funktioniert besonders dann sehr gut, wenn bestimmte Grundannahmen oder auch Herangehensweisen nicht zu weit auseinander liegen (z.B. die Einschätzungen über den Einfluss der Form auf den Inhalt). Sind solche Grundannahmen zu verschieden oder wird die Thematik aus gänzlich unterschiedlichen Wissenshintergründen betrachtet, ist die Gefahr recht groß, aneinander vorbei zu reden oder kein Verständnis für die jeweils andere

Position entwickeln zu können. (Wie auch, wenn man nicht weiss, weshalb jemand eine Position einnimmt. Besonders wenn diese aus dem eigenen Erfahrungshintergrund heraus wenig Sinn ergibt.) Wird das alles in so einem Fall nicht transparent, ist kein Verständnis möglich. Damit droht eine latent miese Stimmung bis hin zur Spaltung, selbst wenn eine einvernehmliche Lösung vielleicht möglich gewesen wäre. Dazu kann sogar noch der Effekt entstehen, dass mehr Pausen und ein früheres Ende zu einem größeren Zeitdruck führen. Hat man in dieser Situation dann permanent vor Augen, eine Entscheidung fällen zu müssen, können auch wieder viele Aspekte unter den Tisch fallen oder weggewischt werden.

Werden Plena als Diskussions- und Entscheidungsmethode angewendet, kommt es häufig zu mehrmaligen Wiederholungen von Beiträgen in ähnlicher Form, damit diese nicht unter den Tisch fallen. Dies ist häufig dem Umstand geschuldet, dass mehrere Argumentationslinien von unterschiedlichen Leuten gleichzeitig verfolgt werden. Während manche in Frage stellen, ob es überhaupt ein Problem gibt, oder ein Interesse berechtigt ist, plädieren andere bereits für eine dritte Lösung. Dann kommen wieder einige Beiträge zum Verständnis des ersten Lösungsansatzes, nur damit daraufhin wieder die Frage diskutiert wird, wie das Problem eigentlich zu verstehen ist... Auch um das zu lösen, bedarf es mehr, als einfach nur Pausen zu machen. In diesem Text werde ich deshalb vor allem untersuchen wie man diese unterschiedlichen Diskussionsstränge so aufröseln kann, dass auch ein späterer Wiedereinstieg in die Diskussionen leichter wird.

Einleitung

Im Folgenden will ich daher anhand verschiedener Quellen schauen, wie die Lösungsansätze bei anderen Gruppen aussehen und was für Möglichkeiten sich uns eröffnen. Ich werde dabei hauptsächlich auf das „Konsenshandbuch für gewaltfreie Entscheidungsfindung“ und die Strategien des ‚Kultur und Bildungszentrums Raoul Wallenberg‘ eingehen. Das „Konsenshandbuch für gewaltfreie Entscheidungsfindung“ wird von der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden (WfgA) herausgegeben. Dort werden verschiedene (in der Praxis erprobte) methodische Vorschläge für Gruppen bis 20 Personen, bis zu 600 und bis zu 3000 Personen ausführlich vorgestellt und diskutiert. Da die Grundlage für große Gruppen auf den Vorschlägen für kleine Gruppen

bis 20 Personen basiert, werde ich mich in der Darstellung auf diese Vorgehensweise beschränken.

Das KuBiZ Raoul Wallenberg

Auf der Internetseite beschreibt sich das KuBiZ als „soziokulturelles Infrastrukturprojekt“:

„Neben kulturellen Projekten, wie einem multifunktionalen Kulturraum mit Theater, Konzerten und Filmvorführungen, soll es dort einen Bildungsbereich mit Theater- und Musikschule sowie politischer Jugend- und Erwachsenenbildung geben.

Das alternative Jugendzentrum Bunte Kuh, welches seit vielen Jahren ein beliebter Anlaufpunkt für Jugendliche aus dem Berliner Nordosten ist, bereits im Frühjahr 2007 in die Bernkasteler Straße 78 umgezogen und wird Teil des KuBiZ sein.

In offenen Werkstätten wird es Angebote zur Qualifikation und Selbsthilfe geben. Schon jetzt gibt es eine Selbsthilfwerkstatt für Zweiräder. Eine Holz- und Medienwerkstatt sollen folgen. Ein intergeneratives Wohnprojekt schafft zudem günstigen Wohnraum für soziokulturell engagierte Menschen.“

Ich habe das KuBiZ R. Wallenberg ausgewählt, da sie auf der einen Seite einen sehr hierarchiekritischen Ansatz verfolgen und den ziemlich konsequent (auch) in ihrer (rechtlichen) Struktur umzusetzen versuchen. Darüber hinaus ist es eine Art Metaprojekt von vielen einzelnen autonomen Projekten und hat somit gewisse Ähnlichkeiten zu einem Netzwerk. Natürlich gibt es durch die gemeinsame Nutzung des Hauses sehr viel eher die Notwendigkeit gemeinsame Entscheidungen zu treffen unter denen sich alle wiederfinden müssen, als es in der vernetzenden Organisation von Bildungsaktiven der Fall ist. Das spiegelt sich auch in deren Rahmenvertrag, der den Projektrat als Koordinationsplenum konstituiert. Andererseits haben sie den Prozess, wie es zu Entscheidungen kommt, aufgrund dieser Notwendigkeit sehr viel stärker differenziert und dabei Lösungen gefunden, die ich hier näher betrachten möchte.

Unterscheidung in Problemfeststellung, Lösungsfindung und Entscheidungsprozess

„§ 11 Ablauf des Projektrats

Der Ablauf orientiert sich nach folgenden Punkten: [...]

- *Feststellung von Problemen die einer Entscheidung des Projektrats bedürfen*

- Bestimmung des weiteren Vorgehens (Aufteilung der Interessengruppen)
- Präsentation der Ergebnisse der Interessengruppen
- Entscheidungsfindungsprozess zu den festgestellten Problemen, wie in folgenden Paragraphen umschrieben. [...]“

Was bei den Lösungsstrategien des KuBiZ sofort ins Auge fällt, ist die Auslagerung kreativ-konstruktiver Arbeit in Interessengruppen, bzw. die damit einhergehende Unterscheidung in Problemfeststellung, Erarbeitung von Lösungsoptionen und dem eigentlichen Entscheidungsfindungsprozess. Ich werde mich in der folgenden Gliederung deshalb an dieser Dreiteilung orientieren und näher auf sie eingehen. Die konkreten austauschbaren Methoden habe ich nur angerissen, um den Schwerpunkt auf das Grundprozedere zu legen.

Die Problemfeststellung

Das Hauptinteresse des KuBiZ bei der Problemfeststellung liegt in der Klärung der Zuständigkeit. Genauer gesagt soll die Autonomie der einzelnen Projekte garantiert und ‚Entscheidungen von oben‘ verhindert werden, solange ein Problem auch direkt zwischen den Beteiligten geklärt werden kann.

Diese Frage stellt sich für uns so natürlich nicht, da es ausschließlich um Änderungen am Selbstverständnis geht, für die wir ein Prozedere brauchen. Im Abschnitt „Reicht es aus, mehr Pausen und früher Schluss zu machen?“ habe ich versucht zu zeigen, weshalb wir uns diesen Teil der Konsensfindung trotzdem genauer ansehen sollten. Ich werde hier deshalb auf die Vorschläge des Konsens-Handbuchs eingehen, in denen dieses Kapitel ausführlicher betrachtet wird. Zur Vermeidung von Missverständnissen oder (daraus resultierenden) zirkulären Diskussionen werden dort zwei Schritte genannt.

Im ersten Schritt sollte das Problem, um das es geht, möglichst umfassend und deutlich beschrieben werden, so dass alle relevanten Informationen und Fakten zusammengetragen wurden. Die sich daraus ergebende Frage sollte dann formuliert und für alle sichtbar visualisiert werden, damit sie im weiteren Verlauf allen „vor Augen“ ist. Dieses Vorgehen ermöglicht es, Unklarheiten zu beseitigen, bevor in eine Diskussion eingestiegen wird.

Der nächste Schritt besteht darin, Meinungen zu dieser Frage zu äußern und die Interessen,

Wünsche und Bedürfnisse, die hinter diesen Meinungen stehen, offen zulegen.

„Mit der Benennung der Interessen und Bedürfnisse gewinnt die Diskussion an Tiefe. Argumente und Meinungen werden verständlicher und plausibler. Wo Positionen sich ausschließen, können die dahinter liegenden Interessen durchaus vereinbar sein. Wünsche zeigen, in welche Richtung Interessen und Bedürfnisse erfüllt werden könnten. Mit den Bedürfnissen kommt eine tiefere menschliche Dimension ins Spiel, die auch für die anderen Beteiligten emotional nachvollziehbar ist.“ (WfG Baden: Konsens Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung, S.41)

Es geht bei diesem Austausch also nicht um das Erringen der plausibelsten Position (als Wettkampf). Das Ziel besteht vielmehr in gegenseitigem Verständnis, als Grundlage für das gemeinsame Erarbeiten von möglichen einvernehmlichen Lösungen. Als geeignete Methoden führt das Handbuch für den Schritt der Meinungsäußerung eine ‚Runde‘ an, um zu signalisieren, „dass die Meinung jedes/ jeder einzelnen gefragt ist und gehört wird und bei der Suche nach der besten Entscheidung erwünscht ist“. Bei der Offenlegung der Interessen, Wünsche und Bedürfnisse legt es einen besonderen Schwerpunkt darauf, dass die Worte und das was hinter ihnen steht, auch verstanden werden - weshalb sie dafür die Methoden des ‚Spiegeln‘ oder des ‚empathischen Zusammenfassens‘ vorschlagen. (siehe Kapitel „Methodenübersicht“) Welche konkrete Methode dafür letztlich gewählt wird, muss einfach von Fall zu Fall beurteilt werden und hängt von den jeweiligen Gegebenheiten und Menschen ab. Für unsere eigene Praxis im Fall von Änderungen am Selbstverständnis halte ich für wichtiger, diese grundsätzliche Vorgehensweise vor Augen zu haben und ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, welche Folgen es hat, sowohl sich daran zu halten, als auch sich davon zu entfernen.

Die Erarbeitung möglicher Lösungswege

Nachdem das eigentliche Problem festgestellt, beschrieben, sowie Meinungen und deren Hintergründe dazu ausgetauscht wurden, kommen wir nun zur Erarbeitung von möglichen Lösungswegen. Um nicht automatisch nur bekannte, erprobte Lösungen umzusetzen (und damit Strukturkonservatismus zu riskieren) ist es wichtig, einen Weg zu finden, der einerseits Kreativität ermöglicht und an-

dererseits zu fundierten Lösungen kommen lässt (auch wenn man dabei evtl. ‚Neuland betritt‘).

Voraussetzungen für Kreativität

Aus der Sicht der Organisations-Psychologie (nach H. Schuler) gibt es fünf Gruppen von Charakteristika, die Kreativität fördern]:

„Offenheit: Neugierde, intellektuelle Werte, ästhetische Ansprüche (Ästhetik: wissenschaftliche Untersuchung des Schönen, also geschmackvoll, stilvoll-kulturviert usw.), breites Interesse sowie Ambiguitäts-Toleranz (schlicht gesprochen die Doppel- oder gar Mehrdeutigkeit allen Geschehens akzeptieren).

Leistungs-Motivation: Ehrgeiz, Ausdauer, Konzentration, Leistungsfreude, Antrieb, Belohnungs-Aufschub (also im Gegensatz zum aktuellen Trend: ich - hier - sofort; bei der Kreativität muss auch erst einmal etwas reifen dürfen, wer sofort Ergebnisse sehen will, vor allem ohne die dafür notwendige Ausdauer und Anstrengung, wird Enttäuschungen erleben).

Non-Konformität: Originalität, Unkonventionalität (es muss nicht alles nach den üblichen Verhaltensregeln, Gewohnheiten, Übereinkünften, Abkommen, kurz dem, was „man“ tut oder zu tun hat laufen, man darf auch einmal gegen den Strom schwimmen, nicht aus Trotz oder Verbohrtheit, sondern um neuen Lösungen zu finden, gemäß dem bekannten Aphorismus: „Nur wer gegen den Strom schwimmt, kommt auch zur Quelle“); ferner Autonomie-Streben (also Selbständigkeit, Unabhängigkeit), vielleicht sogar ein wenig Eigenwilligkeit und vor allem eine Unabhängigkeit vom Urteil anderer, das bekannt-berühmte „man“.

Selbstvertrauen, d. h. fähigkeits- und zielbezogen, also emotionale (gemütsmäßige) Stabilität, ja sogar Risikobereitschaft, kurz: ein „kreatives Selbstbild“ von sich selber bzw. konkreter: „ich bin kreativ“.

Erfahrung: Wissen, Werthaltungen, metakognitive Fertigkeiten (auf Deutsch: Planung, Steuerung und Kontrolle, und zwar auch von sich selber).

(Volker Faust: Kreativität - Mythen und Möglichkeiten aus der Sicht der Organisations-Psychologie)

Im Folgenden will ich kurz auf ein paar der Punkte eingehen, die sich nicht nur individuell, sondern auch strukturell / methodisch berücksichtigen lassen.

Das Akzeptieren von Doppel- oder Mehrdeutigkeiten, während mögliche Lösungen zusammengetragen werden, betrifft hauptsächlich die sogenannte Schere im Kopf, also eine Art Selbstzensur. Um das zu umgehen, wird bei den meisten Kreativitäts-Methoden die Bewertung der Vorschläge erst zeitlich versetzt gemacht. Ein Beispiel ist das Brainstorming, bei dem unkommentiert und undiskutiert sämtliche Vorschläge notiert werden, um sie hinterher fundiert auszuwerten.

Die Abkehr von sofortigen Ergebnissen geht im Grunde in dieselbe Richtung. Das heißt, die ganze Zeit eine Entscheidung als Ziel vor Augen zu haben, erzeugt einen gewissen Druck. Der führt i.d.R. dazu, dass man sich die eigenen Ideen zensiert, indem nur Vorschläge gemacht werden, die ausgereift genug sind, um Aussicht auf Erfolg zu haben.

Dadurch fällt man automatisch auf bereits bekannte Konzepte zurück und kommt nicht dazu, neue Elemente miteinzubauen oder ganz neue (bisher unbekannte) Lösungen zu erarbeiten. Es macht dementsprechend natürlich Sinn, wie bei den Interessentreffen des KuBiZ die Entscheidung für diesen Moment raus zunehmen.

Das Thema Selbstvertrauen ist eine heikle Sache. Auf der einen Seite ist es zutiefst individuell und damit auch nicht möglich, am Selbstvertrauen einzelner Leute etwas zu ändern. Was aber möglich ist (gerade um Menschen, die nicht so im Mittelpunkt stehen wollen, nicht zu benachteiligen), ist das Schaffen einer Atmosphäre, in der Ängste abgebaut werden können, und man nicht aufgrund halbgarer Vorschläge verbal auseinandergenommen wird. Dazu spielt unter anderem die Gruppengröße eine wesentliche Rolle. Je grösser die Gruppe, in der Vorschläge gesammelt werden, desto mehr muss man sich exponieren und desto grösser muss dementsprechend auch das Selbstvertrauen sein.

Auch die Methode, die für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen gewählt wird, sollte das unterschiedliche Selbstvertrauen berücksichtigen, was gerade auch die ersten beiden Punkte der Liste betrifft - also das Zulassen und Reifenlassen von unfertigen Ideen und Aus- und Bewertung als extra Schritt. Klingt jetzt vielleicht etwas formal, daher stelle ich als Beispiel im nächsten Abschnitt noch die Interessentreffen des KuBiZ vor, bei denen manche dieser Elemente gut und einfach berücksichtigt werden.

Die Interessentreffen im KuBiZ R. Wallenberg

„§12 Aufgabe der Interessentreffen

An Interessentreffen darf jeder teilnehmen der sich vom Thema betroffen fühlt und/oder zur Lösung des Problems beitragen will, auf den Interessentreffen wird nicht entschieden. Aufgabe der Interessentreffen ist es Lösungsoptionen für auf dem Projektrat festgestellte Probleme für die dieser zuständig ist (siehe „Zuständigkeiten innerhalb des Projektrats“) auszuarbeiten. Es werden ALLE Lösungsvorschläge aufgenommen. Die Vorschläge werden in einer möglichst einfachen Form skizziert und transparent gemacht, 2 Wochen vor dem diese Frage entschiedenem Projektrat, mindestens als Aushang an einer zentralen Infowand. Die Vorschläge werden auf diesem Projektrat präsentiert und für das Meinungsbild, sowie zur Entscheidung freigegeben.

§13 Lösungsvorschläge außerhalb der Interessentreffen

Lösungsvorschläge können auch außerhalb von Interessentreffen erarbeitet werden, sollten diesen jedoch zur Aufnahme in die Lösungsfindung zugänglich gemacht werden (z.B. Präsentation im Interessentreffen oder Hand-Out). Für diese Lösungsvorschläge gilt ebenso die Veröffentlichungspflicht 2 Wochen vor dem die dazugehörige Frage entscheidenden Projektrat.“

Das KuBiZ lagert (wie oben beschrieben) die Erarbeitung von Lösungsoptionen aus dem grossen Kreis (Projektrat) in die Interessentreffen aus. Dabei geht es vor allem darum, für einen Moment den Entscheidungs-Druck raus zunehmen, der unweigerlich entsteht, wenn man sich unter den Zwang setzt, eine perfekte Lösung präsentieren zu müssen. Besonders anmerkwürdig finde ich auch die gleichberechtigte Behandlung sämtlicher Lösungsvorschläge - jeder Vorschlag muss erwähnt und gleichberechtigt aufgeführt werden. Es ist deshalb auch nicht notwendig einen Beitrag mehrmals zu wiederholen, wenn nicht darauf eingegangen wird, da jeder gebrachte Vorschlag die Möglichkeit bekommt, bearbeitet und gleichberechtigt zu allen anderen aufgeführt zu werden. Das wird vor allem durch das Herausnehmen der Entscheidung möglich - es geht eben um eine Vorbereitung der eigentlichen Entscheidungsfindung, und daher auch um ein Ausloten der Möglichkeiten. Gerade diese explizite Ausführung verschiedener Optionen ermöglicht es in kleinen Runden unfertige Ideen zu diskutieren und dadurch ihr Potential (für ein umfassenderes konsensfähiges Vorgehen) herauszuarbeiten, auch wenn sie für sich al-

leine betrachtet unvollkommen sind. Auch die parallele Arbeit in Kleingruppen wird erst durch diesen Schritt ermöglicht. Dies findet im KuBiZ Berücksichtigung in der Betonung, dass auch außerhalb dieses Interessentreffens erarbeitete Vorschläge aufgenommen werden. Bei einer solchen Vorgehensweise ist es nicht notwendig, Angst davor zu haben, irgendetwas zu verpassen - die Ergebnisse sämtlicher Arbeiten werden in jedem Fall für alle sichtbar ausführlich dargestellt.

Weg- oder Zielorientierung?

Diese differenzierte Vorgehensweise kann sicher mehr Zeit brauchen (zumindest in Fällen, die ersteinmal unstrittig scheinen). Auf der anderen Seite werden dadurch viele zirkuläre Diskussionen und Wiederholungen vermieden, was wiederum weniger Zeit kostet und vor allem Nerven schont. Auch dürften die Ergebnisse um einiges fundierter sein, wenn bei der Erarbeitung von Lösungen, alle Vorschläge die Möglichkeit haben ausgearbeitet, beleuchtet und dadurch ggf. zu umfassenderen Ansätzen kombiniert oder angepasst zu werden. Letzten Endes muss einfach eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob wir bei Änderungen am Selbstverständnis zielorientiert arbeiten wollen, um Zeit zu sparen, oder ob wir das Augenmerk auf den Weg legen, wie wir zu einem Ziel kommen. Rein zielorientiertes Arbeiten wird oft schneller zu einer Lösung kommen. Ob diese Lösung dann auch Rückhalt hat oder alle Aspekte berücksichtigt, ist dabei fraglich. Auf der anderen Seite bedeutet prozessorientiertes Arbeiten (stärker auf den Weg achten), dass besonders auf hierarchiekritische Aspekte, Arbeitsatmosphäre und Transparenz im Arbeitsprozess geachtet wird, was dafür mehr Zeit braucht.

Die Entscheidungsfindung

Aufgrund von Zeitmangel, schaffe ich es nicht mehr auf unterschiedliche Modi der tatsächlichen Entscheidungsfindung einzugehen. Andererseits deutet sich durch die bisherigen Schritte an, dass die in dem Prozess erarbeiteten Vorschläge viel eher das Potential haben bereits viele Aspekte zu berücksichtigen und daher größere Chancen auf Konsensfähigkeit haben. Besonders wenn es im Prozess der Entscheidungsfindung nicht um eine Abstimmung geht, sondern um ein Anpassen, Ergänzen oder Kombinieren der konsensverdächtigen Vorschläge. Hierfür kann ich nur die Lektüre des Konsenshandbuchs ans Herz legen.

Zum Begriff „Methode“

Rafael Maria (Göttingen)

Wikipedia beschreibt 'Methode' als „auf ein Regelsystem aufbauendes Verfahren, das zur Erlangung von [...] Erkenntnissen od. praktischen Ergebnissen dient“ oder „der Art und Weise eines Vorgehens“. Im Wiktionary wird es beschrieben, als „Art und Weise, wie man etwas tut, um ein Ziel zu erreichen.“ Peter Wolf spricht in seinem Text „Besser Treffen“ von „regelgeleitetem Handeln“.

Die Art und Weise eines Vorgehens insbesondere in der Kommunikation unterliegt immer (selbstbestimmten, fremdbestimmten, ausgehandelten oder etablierten) Regeln, es sei denn ich handele chaotisch. Allein schon sich ausreden zu lassen, im Kreis zu sitzen oder in bestimmten Situationen keine Nebengespräche zu führen sind Regeln, die das Handeln bestimmen.

Wenn sich eine Anzahl solcher Regeln in bestimmten Situationen etabliert, also immer wieder kehrt (oft auch unbewusst), kann man von einem Regelsystem sprechen. Wenn dieses Regelsystem ausserdem das Ziel hat, entweder Erkenntnisse (z.B. im Rahmen von Diskussionen) oder praktische Ergebnisse (z.B. ein Handout) zu bekommen, hat man ein Verfahren.

Worauf ich hinaus will ist eigentlich folgendes: In beinahe allen Kommunikationssituationen, insbesondere wenn man arbeitet, verwendet man Methoden, sei es Kleingruppe, Diskussions-Plenum, Entscheidungsplenum, Seminar, Einzelarbeit, od.ä. - und zwar unabhängig davon, ob die Teilnehmenden das als Methode reflektieren oder nicht.

Die Regeln, die solche Methoden ausmachen, können wie bereits angedeutet unterschiedlichste Quellen haben. Sie können einer rationalen Überlegung entspringen, sie können aber auch einfach unreflektiert erlernt worden sein. Genauso werden auch Gruppendruck/ -dynamik oder auch gesellschaftliche Verhältnisse die (un)bewusste Wahl der Methoden beeinflussen - nicht zuletzt die meist unterschiedliche Sozialisation männlich oder weiblich konstruierter Menschen.

Methodenreflektion

Methodenreflektion wird im wissenschaftlichen Bereich auch Methodologie genannt - also etwa die „Lehre von der Vorgehensweise“.

„Gefragt wird hier nach den Kriterien, welche Methode für die Anwendung geeignet ist, warum eine bestimmte Methode angewandt werden muss, wieso eine bestimmte Methode angewendet wird und keine andere. Verständnisfragen (Logie) nach dem methodischen Weg werden hier geklärt.“

(Wikipedia: Methodologie)

Da jede Methode individuell verschieden Ausrichtung, Vor- und Nachteile hat, können durch die Verwendung mancher Methoden Hierarchien abgebaut, durch die Verwendung anderer Methoden allerdings auch errichtet oder gestärkt werden. Eine ungünstige Auswahl oder fehlerhafte Anwendung kann deshalb sehr leicht das Gegenteil dessen bewirken, was eigentlich beabsichtigt ist - unabhängig davon, ob die Auswahl bewusst oder aus Gewohnheit getroffen wird. („Das Gegenteil von gut ist leider oft gutgemeint“, Dota)

Oder um die Projektwerkstatt Saasen zu Wort kommen zu lassen:

„Es gibt nicht die perfekte Methode und schon gar nicht für jede Situation. Dass sich Gruppen, WGs, OrganisatorInnen von Camps und Konferenzen usw. ein breites Wissen über dominanzabbauende Methoden aneignen hat trotzdem Sinn.“

Denn je mehr Handlungsmöglichkeiten es gibt, desto kreativer und gezielter können in jeder Situation Vorschläge für einen tatsächlichen Dominanzabbau und/oder die Steigerung von Kreativität erfolgen. Dabei ist wichtig, das Wissen um Methoden als „Pool“ zu begreifen, aus dem Ideen geschöpft werden können. Nichts ist fataler und würde der Idee kreativer Methoden stärker widersprechen als selbst e wie feste Regeln zu nutzen.“

(Projektwerkstatt Saasen: Hierarchie Rea-der. Entscheidungsfindung von unten)

Strukturkonservatismus

Dem Wortlaut nach geht es allgemein um das Erhalten bestimmter vorherrschender Strukturen (bspw. einer bestimmten Gesellschaftsordnung, oder auch den verwendeten Organisationsstrukturen und Methoden). Gewöhnlich wird damit eine Geisteshaltung beschrieben, die eben dieses Erhalten zum Ziel hat. Gerade aus der Sicht einer Struktur- und Organisationsanalyse, sehe jedoch daneben einen weiteren Aspekt, den des in der Struktur selbst angelegten Strukturkonservatismus. Der kommt meist dann zum tragen, wenn die aktuellen Entscheidungsträger einen starken oder ausschliesslichen Einfluss auf deren eigene Nachfolge, oder auf die Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten haben.

Kollektivpersönlichkeit

Persönlichkeit verwende ich hier im Sinne eines handelnden und Entscheidungen treffenden Subjekts. Eine gewollte Folge von Entscheidungen ist die Einschränkung von Handlungsräumen durch die Bindung an eine Entscheidung unter Wegfall aller anderen. Die Individualität einer Persönlichkeit kommt dabei durch das Profil bisher getroffener Entscheidungen zustande, die insgesamt zukünftige Entscheidungen und Handlungen beeinflussen bzw. einschränken. Die Eigenschaft, handeln und Entscheidungen fällen zu können kommt erst einmal nur Personen (hier also also Menschen) zu. Wenn nun aber viele Menschen miteinander verabreden, auf eine bestimmte Art (z.B. im Plenum mit Veto oder durch Abstimmung mit Mehrheit) mehr oder weniger langfristig eine Entscheidung zu fällen, die für alle Beteiligten verbindlich ist, entsteht auf Dauer ein Konstrukt, das deutliche Ähnlichkeit mit einer einzelnen Persönlichkeit hat: Es gibt meist gemeinsame Handlungen oder Meinungsbekundungen nach aussen, die auf Entscheidungen beruhen und i.d.R. nicht zu unterschiedlich oder gar gegensätzlich sind. Ähnlich wie bei natürlichen Personen kommt es auch hier zu einem individuellen Profil, das auf vergangenen Entscheidungen beruht

und zukünftige einschränkt/ beeinflusst. Aus diesem Grund spreche ich in solchen Fällen von Kollektivpersönlichkeiten.

„Refrain:

*Alles hat ein Ende, nur das Plenum nicht
und das ist auch erforderlich.*

Ohne Arbeit keinerlei Lohn,

ohne Plenum keine Revolution,

*Alles hat ein Ende, nur das Plenum nicht
nein, nein, das Plenum nicht!*

Strophe 2:

*Warum man im Plenum so viel Zeit verliert:
im Plenum wird wirklich alles diskutiert:*

*Nennen wir es Arbeits- oder Basisgruppen,
was machen wir mit potentiellen Nazitruppen?*

*Schalten wir die Heizung an oder aus,
gehen wir zur rechten oder linken Tür raus?*

*Hat irgendjemand meine Tasse gesehen,
was ist mit meinem Jonglierball geschehen?*

*Und kurz bevor wir abstimmen wollen,
stimmen wir erst ab, ob wir abstimmen sollen.*

*Und weil sich keiner davon trennen kann,
fangen wir nochmal beim 1. Thema an.“*

(Carmen und Anja Matüssek: Plenumslied)

Es gibt im HierarchNie-Reader eine sehr ausführliche Darstellung über die Vor- und Nachteile von Plena als Methode. In dem Text wird auch auf Alternativen und offene Fragen eingegangen. Da der Text komplett im Netz einsehbar ist, wollte ich ihn nicht in die Drucksache aufnehmen, kann ihn aber sehr zur Lektüre empfehlen. (<http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/plenum.html>)

Runde oder Blitzlicht

Ziel: Alle Beteiligten können zu Wort kommen, wenn sie etwas sagen wollen, da ihnen Raum zur Verfügung steht, in dem alle zuhören.

Ablauf: In einer festgelegten Reihenfolge wird jeder anwesenden Person die Möglichkeit gegeben, kurz ihre Meinung zu äußern (sowohl inhaltlich als auch subjektives Empfinden). Eine feste Reihenfolge bietet sich dabei an, um Dominanzen zu vermeiden.

Sonst kommen i.d.R. diejenigen mit größerem Selbst- oder Sendungsbewusstsein zuerst zu Wort und diejenigen die nicht so gerne im Zentrum stehen (aber etwas sagen möchten) erst zum Schluss oder garnicht. Dadurch stehen erstere natürlich im Zentrum der Aufmerksamkeit und werden dadurch bevorteilt.

„Es sollte immer die Möglichkeit geben nichts zu sagen (Redezwang wäre nicht herrschaftsmindernd). Nach Möglichkeit sollte sowohl auf Beifallsbekundungen, als auch auf abwertende/ ablehnende Reaktionen verzichtet werden, um allen Äusserungen die gleiche Aufmerksamkeit schenken zu können und niemanden auf die eine oder andere Weise einzuschüchtern od.ä.“ (mehr unter: <http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/methoden.html#blitz>)

Spiegeln als Methode des aktiven Zuhörens

„Spiegeln“ heißt, mit den eigenen Worten kurz wiederzugeben, was der oder die andere gesagt hat. Das Spiegeln ist das wichtigste Mittel, um dem Gegenüber deutlich zu machen, dass man intensiv zuhört, und um zu überprüfen, ob man wirklich alles richtig verstanden hat. Missverständnisse können dadurch weitgehend vermieden werden. [...]

Achtung: Häufiger Gebrauch des Spiegeln kann dazu führen, dass die andere Person den Eindruck bekommt, die könne sich nicht richtig ausdrücken und nicht für sich selber reden. Deshalb das Spiegeln nur bei wichtigen Botschaften anwenden!

Wichtig: 'Aktives Zuhören' und 'Spiegeln' bedeutet nicht, dass man die gehörte Meinung teilt! Es geht hierbei nur um das richtige Verstehen des Gesagten und der anderen Person!“

(WfGA Baden: Konsens Handbuch zur gewaltfreien Entscheidungsfindung)

Die drei oben kurz angerissenen Methoden sollen an dieser Stelle als Beispiele genügen. Die noch im Text erwähnten Methoden (Aktives Zuhören und Empathisches Zusammenfassen) sind m.E. nicht für das Textverständnis notwendig und führen hier zu weit. Als Nachschlagewerk mit vielen weiteren Methoden aus der Praxis kann ich das Konsens Handbuch nur empfehlen.

Die Etymologie von 'man'

Den folgenden Artikel habe ich zitiert, um zu erläutern, weshalb ich in meinen Artikeln bei 'man' bleibe und nicht auf 'mensch' umsteige:

„Im ursprünglichen Altnordischen bedeutete man "Frau" (engl. woman). Das Wort für "Mann" war nicht man sondern wer, aus der Sanskritwurzel vir, wie in wer-wulf, dem Wolfsmann. Bei den skandinavischen und anderen

Stämmen Europas wurde mit Man der Mond, die Schöpferin aller Wesen, bezeichnet.

Selbst im Rom der Kaiserzeit war Man oder Mana die Mutter aller manes oder Ahnengeister. Die Sanskritwurzel man bedeutete sowohl "Mond" als auch "Weisheit", ein Attribut der Ur-ahnin.

Die heidnischen Skalden dichteten eine Gruppe von Liebesliedern, die dem weiblichen Prinzip des Mondes und seiner irdischen Inkarnation, der Frau, geweiht waren; dies waren 'manson-gr', die "Frauenlieder". Die katholische Kirche verbot sie ausdrücklich.

Die englische Isle of Man war früher der Mondfrau geweiht; diese Mondfrau oder -ahnin war manchmal eine Seejungfrau oder eine androgyne Aphrodite und bewahrte die Seelen der Menschen in "umgedrehten Töpfen" auf. In Ostjütland gab es Ganggräber, in denen aufgrund einer Begräbnissitte der Eisenzeit lauter umgedrehte Töpfe standen.

Es gab in nahezu allen Sprachen ein Wort wie "Mana", das immer weibliche Kraft, Mond-Geist, Magie, übernatürliche Kräfte und göttliche Schöpferkraft bedeutete.

Auch unser Wochentag "Montag" geht auf diese Wurzel zurück. Mana gelangte über anthropologische Studien im Südpazifik wieder in die englische Sprache zurück.

Im Europa des Altertums war Mana die Mondmutter, die das Geschlecht der Menschen hervorbrachte. Denn abgeleitet von "woman", Frau, bedeutete man ursprünglich Mensch, aber nicht Mann!“

(aus: <http://www.frauensprache.com/man.htm>)

Modell der drei Ebenen und zwei Räte

Auf der letzten VO-Seminarwoche in Fürstenberg (März 2008) wurde einen Tag lang das Thema „antiautoritäre Tendenzen der 68er“ diskutiert. Da es hierzu viel zu viel vorbereitetes Material gab, wollen wir hier auf den Wunsch einiger SeminarteilnehmerInnen einen Antrag des SDS Delegiertenkollektivs aus Hamburg an die 23. Bundesdelegiertenkonferenz des SDS im September 1968 noch einmal dokumentieren:

Das für den SDS noch junge Selbstverständnis als revolutionärer Verband arbeitende Kollektive an der Universität hat bis heute keine radikale Überprüfung der aus sozialdemokratischen Zeiten überkommenen Verbandsorganisation bewirkt. Auch heute, da die Revolutionierung der Hochschule vom SDS nur als Teil der sozialen Revolution begriffen werden kann, und in Gesamt-Westdeutschland unabhängig von einander ähnliche Modelle revolutionärer Arbeit an der gesellschaftlichen Basis entwickelt wurden, werden die organisatorischen Strukturen, Ausdruck einer Parteifixierung sozialdemokratischer Prägung konserviert.

Das Unbehagen darüber, daß die Organisation und Koordination dezentralisierter Arbeit den revolutionären Zielen und den bereits praktisch verwerteten Methoden nicht annähernd genügt, wird sogar von denen artikuliert, die ein Interesse daran haben, die bisherigen Verbandsstrukturen im wesentlichen zu erhalten.

Da wir dieses Unbehagen in Form der stramm zentralistischen Konzeption eines reisenden Schulungskaders - mit plebiszitären Almosen verbrämt - an den Mann gebracht: Der kurzfristigen Attraktivität der von SDS-Kommissären bereisten Universitätsgruppe und der Hoffnung auf deren baldige Wiederkehr wird die langfristige von der Gruppe selbst zu leistende Schulungsarbeit geopfert.

Zudem wird ein zentralistischer Kader, der sich theoretisch wie politisch für den Gesamtverband verantwortlich fühlt, in Situationen spontaner Massenmobilisierung immer eine opportunistische Abwiegungspolitik betreiben müssen, da in einem gleich

wie zentralistisch strukturierten SDS die Illgalisierung des Verbands die Liquidierung der Spitze nach sich ziehen muß.

Die "außenpolitischen" Rätetheoretiker des SDS -man hat ihre gutherzigen Ratschläge an die Genossen in der CSSR, der Sowjetunion und Frankreich noch im Ohr- sollten die ihnen mitvertretene Maxime der Einheit von Theorie und Praxis nochmals überdenken. Sollten diese gleichen Rätetheoretiker, sei es aus Zweckpessimismus, sei es aus elitären Motiven, den Versuch, den Verband nach rätedemokratischen Prinzipien neu zu organisieren mit dem Versuch der Liquidierung des Verbands gleichsetzen, muß ihnen entgegengehalten werden, daß für den SDS gerade in der jetzigen Situation die Einführung eines zentralistischen Organisationsschemas die endgültige Aufgabe der Basis innerhalb des Verbands selbst bedeutet. Nur mittels rätedemokratischer Kriterien, d.h. permanenter Kontrolle durch die Basis, direkter Abwählbarkeit, imperativen Mandats und Delegation, ist der von uns selbst an unsere Arbeit gestellte Anspruch zu realisieren.

Davon ausgehend ist eine Organisationsform zu entwickeln, die dem Inhalt der Dezentralisation und Reintegration gerecht werden muß.

Warum Dezentralisierung?

Unsere Schwächeposition und die faktische Überlegenheit unseres zentralistisch organisierten Gegners auf allen Gebieten macht, wie sich aus der Praxis der revolutionären Bewegungen in der dritten Welt und den Metropolen nachweisen läßt, es notwendig unseren Kampf dezentralisiert zu organisieren, um 1. als Organisation zu überleben und 2. alle Kräfte, die zum faktischen Widerstand bereit sind zu entfalten und somit den Kampf optimal auszuweiten. Der SDS wird sich auf Grund seines Selbstverständnisses derart organisieren, daß nicht weiterhin durch die Perpetuierung autoritärer Strukturen die Selbstinitiative an der Basis, die Selbstorganisation der Gruppen, mithin die Revolutionierung der Revolutionäre verhindert wird.

echter SDS (aus dem Off)

Unsere Kritik an Herrschaftsstrukturen muß sich in der Organisation des Verbands positiv konkret als Gegenmodell ausdrücken.

Warum Reintegration?

Dezentralisierung muß nicht Isolierung der autonom arbeitenden Projekte bedeuten und damit zur Auflösung des Verbands führen! Der Konsens des Verbands, als Verbindung lebendiger arbeitender Genossen, stellt sich mittels ihrer selbstverfügbaren Kommunikation und Kooperation auf einer qualitativ höheren Stufe als bei jedem zentralistischen Modell her. Diese Reintegration ermöglicht die in gemeinsamer und verbandsverbindlicher Strategie angelegte Aktionseinheit.

Wir haben die rätedemokratischen Maximen, da sie sich mit unserem Anspruch revolutionärer Praxis decken, zum Inhalt einer Vorstellung von Organisation gemacht, um in der Diskussion der Situation und Struktur des Verbands die Chance ihrer Verwirklichung zu überprüfen. Da wir glauben, daß die unabhängig von einander in allen Gruppen entstandenen Projekt- und Basisgruppen in absehbarer Zukunft das revolutionäre Subjekt sein werden, haben wir das durch diese Selbstinitiative intendierte Modell konsequent auf die Ebene des Verbands übertragen - vermittelt durch regionale Räteorganisation. So ergibt sich ein Modell der Gliederung in drei Ebenen und zwei Räten: die Projekt-, Regional- und Verbandsebenen; der Projekt- und der Zentralrat.

Projektebene

Das Projekt

Die Notwendigkeit in der gegenwärtigen sich verschärfenden Situation neue Qualitäten des Widerstands zu gewinnen, verlangt die Kollektivierung und Ökonomisierung auch der Lern- und Denkprozesse, die kollektive Verwertung theoretisch-praktischer Erkenntnis. Aus der Marxschen Analyse des Selbstverwertungsprozesses des Kapitals und der Kritik der Fremdverwertung von Arbeit wird für uns ableitbar eine Strategie der Selbstverwertung der befreiten Arbeitskraft.

die teilweise Freisetzung von Arbeitskraft aus dem kapitalistischen Produktionsprozess, ganz gleich ob Betrieb oder Universität, ist ein erster Schritt zur Befreiung der Arbeit. Dieser mit Einsicht in diesem Zusammenhang organisatorisch einzuleitende Prozess erweist sich als notwendige Voraussetzung der Verhinderung der ständigen Gefahr der Reintegration in den Bereich der Fremdverwertung von Arbeit und somit als Voraussetzung revolutionärer Praxis.

Soll die Ökonomisierung der revolutionären Arbeit radikal, d.h.: erfolgreich sein, muß sie die gesamte erweiterte Reproduktion der revolutionären Arbeitskraft erfassen und in ihrer Kooperation als Kommune kollektivieren. Die Ökonomisierung der revolutionären Arbeit verlangt mehr als die objektive Aufgabe des Kollektivs – das Projekt – zu rationalisieren und arbeitsteilig zu bewältigen; es geht letztlich um die Aufhebung der Trennung von Privatleben, politischer und beruflicher (= Studium) Arbeit, um die Beseitigung der aus dieser Trennung resultierenden Entfremdung. Kommune heißt nicht nur Wohngemeinschaft von Genossen, sondern in der Endkonsequenz Vergesellschaftlichung und Ökonomisierung aller privaten Bereiche. In der Gleichzeitigkeit und aus der Dialektik einer Politik nach außen – offensive Aktionen in die Gesellschaft zu tragen – und einer Politik nach innen – die Revolutionierung der Revolutionäre zu leisten – gewinnt das Projekt die entscheidende Durchschlagskraft seiner Praxis. Die Kommune wird die Revolutionierung der Revolutionäre und der Gesellschaft jedoch nur leisten, wenn es ihr gelingt, die solchen Ansprüchen und Modellen der Organisation immanenten Gefahren, die Perversion zum Arbeitslager oder die Regression zum Familienersatz, zu blockieren.

Projekte revolutionärer Arbeit sind: Politisch-theoretische Themen, Basisarbeit in Schulen, Universitäten, Betrieben, Wohngebieten, militärisch wie paramilitärischen Organisationen und technisch-militante Produktion. Die Autonomie des Projekts wird lediglich eingeschränkt durch die Methoden der Kritik und Selbstkritik auf der plebiszitären Ebene der mit ihm kooperierenden Projekte. Seine funktionale Koordinierung mit parallelen Projekten bis in einen supranationalen Rahmen realisiert das Projekt über seine Räte.

Versammlung der Projekte

Die Dezentralisation der Projekte verlangt, um die Isolation zu verhindern und die Ökonomisierung zu ermöglichen, die

Gleichzeitigkeit ihrer Integration. Die somit notwendig kollektive Instanz vermittelt die Information der Projekte und deren öffentliche Kritik. Sie kann sich nur zusammensetzen aus allen Mitgliedern der arbeitenden Projekte. Als solche entwickelt sie plebiszitär die Strategie ihrer Basis und übernimmt deren lang- und kurzfristige Aktionsplanung. Mit dieser Kollektivierung der Lern- und Entscheidungsprozesse entsteht das souveräne Willensbildungsorgan der jeweils kooperierenden Projekte.

Projektrat

Die Organisation und Kontinuität der täglichen politischen Arbeit und die imperative Vertretung der Gesamtbasis auf den nächst höheren organisatorischen Ebenen übernimmt ein von der Gesamtheit der Projekte delegierter, durch sie kontrollierter und permanent abwählbarer Rat.

Regionalebene

Da es uns nötig erscheint, eine die Potenz der Projektebene überfordernde Intensität der Kommunikation zwischen den Genossen zu provozieren (man betrachte sich nur die frustrierende lokalpatriotische Entfremdung unter den Genossen) -

Da es uns nötig erscheint die Einschätzung der materiellen Kräfte der Revolution und Konterrevolution, als Ausdruck der gesellschaftlichen Widersprüche DES regionalen Zielbereich, zu ermöglichen und daraus gesamtregionale Kampagnen abzuleiten und verbindlich zu machen, -

Halten wir die Herstellung einer regionalen Aktionseinheit auf der Grundlage basisöffentlicher Regionalkonferenzen der Projekträte für entscheidend. Für diese Regionalkonferenzen gelten die gleichen rätedemokratischen Kriterien, wie für das sich auf Projektebene konstituierende plebiszitäre Pendant – die Versammlung der Projekte -.

Regionalkonferenz – Regionalsprecher

Somit qualifiziert sich diese Regionalkonferenz als souveränes Organ aller auf Regionalebene arbeitenden Projekte, das seine Vertretung auf Verbandsebene autonom bestimmt mit ihrem regionalspezifischen Auftrag zur Politik des Gesamtverbands. (Anm.: Um die Übervorteilung der kleineren Gruppen innerhalb des durch dieses Modell erfaßten regionalen Raums zu blockieren und jeder Gruppe die Mobilisationseffekte solcher Konferenzen zukommen zu lassen, rotiert der Sitzungsort und damit die von

jeweils einer Gruppe zu leistende Vorbereitung.)

Verbandsebene

Zentralrat

Die permanente Vertretung der Regionalkonferenzen auf Verbandsebene übernimmt das Kollektiv der Regionalsprecher als Zentralrat. Der Zentralrat besitzt keine Exekutivfunktion oder -gewalt. Seine Hauptaufgabe ist es, Einrichtungen zu schaffen, daß alle Informationen über Theorie und Praxis aller Arbeitsbereiche jederzeit abgerufen werden können. Der internationalistische Anspruch einer sozialistischen Bewegung fordert vom Zentralrat den Aufbau und die Aufrechterhaltung internationaler Verbandskontakte.

Zentralversammlung der Projekte

Analog den Aufgaben, die auf der Regionalebene gelöst werden müssen, erhebt sich auf der Verbandsebene die dringende Notwendigkeit, die auf der Regionalebene geleistete Analyse der materiellen Klassenkräfte für Westdeutschland und Berlin West zusammenzufassen und unter Berücksichtigung der Rückwirkung der revolutionären Prozesse in der dritten Welt auf die westeuropäische Metropole eine Globalstrategie für den Gesamtverband zu entwickeln. Die Umsetzung der Globalstrategien in Praxis obliegt wegen der regionalspezifischen Problematik der Taktik allein der funktionalen Autorität der regionalen Organe. Gerade weil die verbandsverbindliche-Globalstrategie nur in der Basis der Projekte revolutionär realisiert werden kann, muß die Globalstrategie genau von denjenigen bestimmt werden, die die konkrete Arbeit leisten. Dieses höchste plebiszitäre Gremium des SDS ist notwendig die Zentralversammlung aller Projekte. (Anm.: Wenn es erforderlich ist, zu Ereignissen Stellung zu nehmen, ohne daß in der verfügbaren Zeit eine Zentralversammlung der Projekte stattfinden kann, übernimmt auf Grund der objektiven Bedingungen seine Konstitution der Zentralrat die akute Vertretung des Verbands.)

Für die 23. Delegiertenkonferenz des SDS besteht die Möglichkeit mit der jahrelangen Perpetuierung anachronistischer Organisation zu brechen und den sich zuspitzenden Widerspruch zwischen revolutionärer Arbeit und den Formen ihrer konkreten Vermittlung oder gerade Nichtvermittlung durch die tatsächliche Revolutionierung der Organisation selbst zu lösen.

Fortsetzung auf Seite 18 unten

Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ...

AntiRassismusBüro Bremen

Vorbemerkung

Aufgrund verschiedener Debattenbeiträge und nicht zuletzt aufgrund des Vorschlags und der Planungen für ein Klimacamp 2008 hat in der Linken eine Diskussion über die Bedeutung des Themas „Klimawandel“ und die Verbindung zu anderen „klassischen“ Politikfeldern begonnen. Zu dieser Debatte wollen wir ein Papier beisteuern, das im ersten Teil eine Bestimmung dessen versucht, was wir uns unter dem Begriff „Klimawandel“ politisch eigentlich vorzustellen haben, und im zweiten Teil der Frage nachgeht, ob „Klimawandel“ als eine Art politische Klammer taugt.

Der Text geht daher auch auf Fragestellungen ein, die Gegenstand aktueller und z. T. kontroverser Debatten sind. Allerdings verstehen wir ihn nicht als explizite Antwort auf einzelne Debattenbeiträge. Er ist vielmehr Ergebnis von Überlegungen, die uns schon seit Beginn des Jahres 2007 beschäftigen und die zu Papier zu bringen uns nunmehr endlich gelungen ist. Insofern ist der Text auch nicht dazu

gedacht, laufende Vorbereitungen für bestimmte Projekte zu kommentieren, sondern als Anregung für eine Positionsbestimmung hinsichtlich der Bedeutung des Themas Klimawandel. Denjenigen, die in den letzten Wochen mit uns bereits erste Diskussionen geführt und uns dabei zu einer Präzisierung unserer Gedanken verholfen haben, danken wir an dieser Stelle.

1: Der Ort des Klimawandels ist nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion

Auch wenn über die Genauigkeit und Aussagekraft von Prognosen zu den Auswirkungen des Klimawandels noch Unsicherheiten bestehen, ist bereits heute klar, dass die Klimaveränderungen gravierende Veränderungen der globalen Ökosysteme und damit auch fundamentale Umwälzungen der menschlichen Lebensbedingungen nach sich ziehen werden. Als Beispiele seien genannt:

- Nahrungsmittelkrisen infolge anhaltender Dürreperioden oder großflächiger Überschwemmungen;
- eine weitere Verschärfung der in vielen Weltregionen aufgrund menschlicher Eingriffe bereits heute prekären Versorgung mit Trinkwasser;
- ein Anstieg des Meeresspiegels mit der Folge, dass viele Küstenstädte in derzeitiger Form nicht mehr bewohnt werden können;
- zunehmende Konflikte um knapper werdende Ressourcen (Wasser, Weideland etc.) mit der Folge bürgerkriegsähnlicher Situationen;
- Verschärfung der prekären Ressourcensituation in Megacities.

Die Wucht, mit der die entsprechenden Effekte in einzelnen Weltregionen zum Tragen kommen werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist allerdings, dass die Anfälligkeit für klimabedingte Veränderungen der Lebensgrundlagen sehr unterschiedlich ausfallen wird. Der bereits bestehende Zusammenhang von

Armut, ungünstigen Umweltbedingungen und Anfälligkeit für klimatische Extreme wie Überschwemmungen, Erdbeben, Dürren oder Stürme (sind es doch gerade Arme, die oftmals gezwungen sind, in ökologischen Risikolagen zu siedeln) wird sich zukünftig noch weiter verschärfen:

- In Regionen, in denen die Menschen aufgrund einer Kombination von Armut und ungünstigen klimatischen Bedingungen nur mangelhaft mit dem Lebensnotwendigsten versorgt sind, werden die Auswirkungen besonders gravierend sein. Denn während ihnen aufgrund ihrer prekären sozialen Situation der Zugang zu Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern verwehrt bleibt, wird sich die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen weiter verschlechtern. Ursachen können sein, dass Landwirtschaft in vielen Gegenden nicht mehr oder nur noch mit enormem technischem und damit auch finanziellen Aufwand möglich sein wird, oder dass ihre wenigen Habseligkeiten von monströsen Fluten weggespült werden. Von dieser Zuspitzung wird voraussichtlich auch eine große Zahl von Menschen in den aufstrebenden Wirtschaftsgrößmächten China und Indien betroffen sein, da der Aufstieg der städtischen Eliten durch eine rücksichtslose Auspressung der Landbevölkerung und ökologische Zerstörungen im großen Maßstab erkaufte wird.
- Der Trends zu sog. „Biotreibstoffen“ wird zu einer verschärften Nahrungsmittelkonkurrenz führen, da zunehmend landwirtschaftliche Flächen zur Treibstoffgewinnung genutzt werden könnten. Die Parole „Mehr produzieren um Knappheit zu ver-

Fortsetzung von Seite 17

Deshalb fordern wir die Delegiertenkonferenz auf,

in der sofortigen Diskussion der Situation und Struktur des Verbands die Möglichkeiten der Verwirklichung rätendemokratischer Prinzipien zu prüfen.

Darüber hinaus verlangen wir von der 23. Delegiertenkonferenz des SDS hier und jetzt Regionalkonferenzen zu initiieren, um damit den Prozess der rätendemokratischen Umgestaltung des SDS bis in die Verbandsebene voranzutreiben.

Deshalb kann der zu wählende Bundesvorstand nur vorläufiger Bundesvorstand sein,

mit dem imperativen Mandat der 23. Delegiertenkonferenz des SDS, die Politik des „BRECHT DEM BV DIE GRÄTEN – ALLE MACHT DEN RÄTEN“ mit aller Entschiedenheit zu unterstützen und zum Zeitpunkt der Konstituierung des Zentralrats zurückzutreten.

VENCEREMOS
SDS Delegiertenkollektiv Hamburg

meiden“, die derzeit in so manchem Wirtschaftsteil zu lesen ist, greift nicht, wenn eine vermehrte Produktion aufgrund klimatischer Änderungen nicht oder nur mit enormen Kosten möglich ist. Von der z. T. verheerenden Ökobilanz des sog. „Biosprits“ hier einmal ganz zu schweigen.

- In Staaten, in denen der Aufbau von Infrastruktur gemessen an den verfügbaren Haushaltsmitteln eine enorme finanzielle Kraftanstrengung bedeutet, können Unwetter wie schwere Stürme oder Überschwemmungen die Entwicklung von Jahren oder gar Jahrzehnten zunichte machen.
- In Gegenden, in denen Hitze- und Trockenheitsperioden erhöhte Anforderungen an Vegetation und Menschen stellen, bedeutet eine Ausdehnung dieser Perioden einen zusätzlichen Stress für Menschen und Umwelt. Dieser erhöhte Stress betrifft insbesondere Menschen, die aufgrund ihrer Wohn- und Lebenssituation sowie der Art ihrer Arbeitsplätze anfälliger sind für die Folgen dieser Hitzeperioden. Während Hitze für Finanzmakler, die sich von ihren klimatisierten Büros mittels klimatisierter Fahrzeugen in ihre Wohnungen mit Air Condition begeben, lediglich ein Problem der richtigen Einstellung der Klimaanlage darstellt, sieht dies bei Menschen, deren Wohn- und / oder Arbeitsplätze sich nicht in klimatisierten Räumen befinden, ganz anders aus. Gesellschaften, in denen ein großer Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet, wären somit zweifach betroffen.

Der Klimawandel hat eine Dimension des Rassismus wie auch des Sozialen

Anhand der aufgeführten Beispiele sollte deutlich geworden sein, dass Aussagen, wonach Alle „irgendwie“ vom Klimawandel betroffen sein werden, bestenfalls die halbe Wahrheit darstellen. Denn die Möglichkeit, die negativen Auswirkungen des Klimawandels durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren, wird entscheidend von den jeweiligen Möglichkeiten abhängen. Während z. B. die Erhöhung des Meeresspiegels bereits für die europäischen Staaten eine große finanzielle Kraftanstrengung für Deichbau und Hochwasserschutz bedeutet, aber angesichts der geballten Finanzkraft wohl grundsätzlich zu bewältigen sein wird, ist es hierzulande kein Gegenstand gesellschaftlicher Debatten, wie den entsprechenden Folgen in ärmeren Ländern begegnet werden soll.

Grace Akumu vom Climate Network Africa in Nairobi fasst die doppelte Betroffenheit im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent wie folgt zusammen:

„Afrika wird aufgrund seines unterentwickelten Status von den Auswirkungen des Klimawandels am härtesten getroffen werden. Viele Länder in Afrika erleben aufgrund des Klimawandels bereits jetzt Konflikte um die Verteilung von Ressourcen wie Auseinandersetzungen um Wasserreservoirs. Die Nahrungsmittelsicherheit in vielen afrikanischen Staaten ist bereits jetzt gefährdet. Regierungen haben Schwierigkeiten die Infrastruktur ihrer Länder wieder aufzubauen, die durch großflächige Überschwemmungen im Zusammenhang mit den El-Nino Effekten der Jahre 1997 bis 1998 beschädigt wurde. Gleichzeitig ist der Transfer von Ressourcen von den für den Klimawandel verantwortlichen reichen Staaten enttäuschend langsam und zu unbedeutend, um Afrika sinnvoll bei der Anpassung an Schäden zu unterstützen. Das bedeutet, dass die kleinen Entwicklungsfortschritte, die der Kontinent gegenwärtig macht, durch die Folgen des Klimawandel zunichte gemacht werden könnten – insbesondere bei der Entwicklung der Infrastruktur wie auch beim allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung.“

In diesem Sinne zahlen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent wieder einmal die Zeche für den verschwenderischen Lebensstil der Kolonialmächte. Die Auswirkungen des Klimawandels reihen sich ein in die seit Jahrhunderten andauernde Geschichte von kolonialer Ausbeutung und Vernichtung, mit deren Folgen auseinander zu setzen, sich die europäischen Staaten weigern. Diese Geschichte setzt sich fort, wenn zwar medienwirksam über Dürren und Fluten berichtet wird, gleichzeitig aber eine konkrete Verantwortungsübernahme für die desaströsen Folgen des eigenen Energie- und Rohstoffhungers verweigert wird.

Fragen danach, was mit den Menschen im Süden geschehen soll, die nicht in der Lage sind, Anpassungsstrategien an die Veränderung ihrer Lebensbedingungen zu entwickeln bzw. zu finanzieren, werden gar nicht erst gestellt. Ist es die Vision der Reichen, dass diese Menschen ihr Leben im besten Fall in Lagern mit prekärer Lebensmittelalimentierung zubringen sollen? Jedenfalls arbeiten Geostrategen aus diversen Think-Tanks und einschlägige Kriegspolitiker bereits heute im

Hintergrund an Szenarien zur Abwehr von Klimaflüchtlings.

In Europa selbst werden die mit den vorgeschlagenen technologischen Anpassungsstrategien verbundenen Kosten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wenn nicht zur Existenzfrage so doch mindestens zur Frage nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denn während steigende Energie- und Lebensmittelpreise Reiche kaum interessieren dürften, engen sie die finanziellen Spielräume von Menschen mit niedrigen Einkommen enorm ein oder katapultieren sie in eine andauernde finanzielle Abwärtsspirale. Gleichzeitig erkaufen sich diejenigen, die es sich leisten können, die Fortsetzung des bisherigen Lebensstils. Die offerierten Ablasszahlungen bei Flugreisen sind ein Beispiel dafür.

Die hohe Anfälligkeit gegenüber den negativen Folgen von Klimaveränderungen und fehlende Möglichkeiten zur Anpassung betreffen somit nicht nur arme Staaten sondern auch Menschen in reichen Ländern, die nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Oder anders gesagt: Wer arm ist, hat wenig oder keine Chancen, der drohenden Verschlechterung der eigenen Lebensverhältnisse zu begegnen. Der Klimawandel hat daher sowohl eine Dimension des Rassismus wie auch des Sozialen.

Die Zerstörung der Stadt New Orleans durch den Hurrikan „Katrina“ ist eine Parabel darauf, welche Wechselwirkungen sich hier ergeben können. Dieser mächtige Sturm hätte wohl nicht genügt, weite Teile der Stadt zu überfluten, wäre er nicht auf eine aus politischen Gründen vernachlässigte öffentliche Infrastruktur getroffen. Diese Vernachlässigung war nicht zuletzt die Folge des Rassismus in den USA. In der Folge haben diejenigen, die das Zepter der Macht in Händen halten, versucht, die Zerstörungen der Stadt zum Ausgangspunkt zu nehmen für eine „Bereinigung“ der sozialen Verhältnisse mit einer Vertreibung der Armen. Gleichzeitig ist New Orleans ein Beispiel dafür, wie mittels Widerstand von unten erfolgreich versucht werden kann, sich der Nutzung der Zerstörung durch die Reichen und Mächtigen zu widersetzen.

Die „Klimadebatte“ als Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse

Von der engen Verbindung zwischen Klimawandel und sozialen Verhältnissen ist in den Diskussionen hierzulande jedoch so gut wie keine Rede. Eine öffentliche „Klimadebatte“, die diesen Namen verdienen würde, findet

nicht statt. Das widerspricht in höchstem Maße sowohl ihrer Dringlichkeit, als auch ihrer Komplexität. Was nach den UN-Berichten zum Thema in den Medien verblieben ist, ist die übliche sensationslüsterne Mixtur aus Wetterkatastrophen und systemimmanenten Lösungsansätzen. Es ist also viel die Rede vom Wetter (und weniger vom Klima), ganz viel von erneuerbaren Energien, Wärmedämmung und EnergieeffizienzFUSSNOTE NR 1 (und nicht vom Wachstumswahn, vom industriellen Energiehunger oder vom Irrsinn der Exportweltmeisterschaft usw.), und ein bisschen vom armen Süden, der wie immer irgendwie am Meisten betroffen ist (und nicht von den Verantwortlichkeiten globalisierter Ausbeutung). Dazwischen setzen sich CDU Merkel und SPD Gabriel z.B. in Grönland als „verantwortungsbewusste Politiker/innen“ in Szene, die sich „vor Ort ein Bild über den Klimawandel“ machen. Dabei ist der Ort des Klimawandels nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion.

Diese Art der „Klimadebatte“ ist nicht allein einer Medienwelt zu verdanken, die Sensation vor Hintergrund, Halbwahrheiten und schlichte Lügen vor Recherche stellt, und darüber hinaus so hoffungslos mit dem politischen System verwoben ist, dass sämtliche Ansprüche an eine unabhängige Berichterstattung geradezu absurd sind. FUSSNOTE NR 2 Sie ist sicherlich auch jenen Organisationen und Strukturen zu verdanken, die sich die „Ökologie“ schon vor Jahrzehnten auf ihre Fahnen geschrieben haben, aber leider dermaßen in die Systemlogiken eingebunden und mit ihnen verwoben sind, dass seitens von Greenpeace, Nabu, Bund usw. zwar alarmierend auf den Ernst der Lage hingewiesen wird, letztlich aber vorrangig technische Lösungen formuliert werden. So werden Windkraft und Hybridmotoren, Energieeinsparung und Wärmedämmung, Ablasszahlungen für Vielflieger/innen und heimatnahe Urlaubsziele als Problemlösungen offeriert, ohne auch nur im Ansatz mögliche soziale Ursachen und Folgen des Klimawandels zu diskutieren. Als Umweltlobbyisten scheinen sie (trotz G 8) an politischen Mobilisierungen jenseits ihrer gut organisierten „Spektakel“ ja auch weniger interessiert zu sein.

Sie tragen insofern auch dazu bei, die Antworten auf den Klimawandel und seine Folgen zu individualisieren. Inzwischen ist es ja schon soweit, dass sich jeder und jede als „Klimaretter“ aufspielen kann, wenn er oder sie nur den Stromanbieter wechselt. Die

„Klimadebatte“ und die hierbei formulierten Antworten sind auf dem besten Wege zum Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse zu verkommen, das moralische Überlegenheit suggeriert („man tut ja was“), gleichzeitig aber unhistorisch ist und die soziale Dimension des Phänomens völlig ausblendet.

Eine systemimmanente „Lösung“ der Probleme ist nach unserer Auffassung schlichtweg nicht möglich. Nicht möglich auf jeden Fall dann, wenn wir in einem internationalen Rahmen denken wollen. Aber selbst aus einem euro-zentristischen Egoisten-Blickwinkel heraus können wir nur die üblichen Profiteure ausmachen, wenn Klimaschutz lediglich als neuer Markt begriffen wird. Die innovativen Lösungsansätze hiesiger Politiker/innen und Lobbyisten/innen machen nur ein neues Fass deutscher High-Tech-Betriebe auf, binden die einigermaßen finanzkräftigen Bevölkerungsteile des Landes in eine pseudoklimafreundliche Politik der CO₂-Minderung ein, und leugnen weitgehend die Verantwortung der kapitalistischen Metropolen mit ihrer immerhin gut 150jährigen Ausbeutungs- und Verwertungsgeschichte.

Zusammengefasst verstehen wir unter dem Begriff „Klimawandel“ somit einen weltweiten, bereits in Gang befindlichen – und nicht etwa in ferner Zukunft zu erwartenden – Prozess, der zu einer gravierenden Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Dabei umfasst der Begriff für uns auch die Anpassungsstrategien der Eliten und steht somit für insgesamt geänderte Rahmenbedingungen sozialer Kämpfe.

2: Der „Klima-Hype“ oder: Ist die Zeit reif für eine klima-politische Offensive von unten ?

Da wir als Linke an vielen verschiedenen Punkten gegen die Systemlogik zu kämpfen versuchen, muss sich für uns immer wieder die Frage nach den Verbindungen, den Gemeinsamkeiten, nach der Idee des „Gemeinsam kämpfen“ stellen, d. h. nach Schnittmengen und Verknüpfungen. Jedenfalls dann, wenn wir das „große Ganze“ immer noch vor Augen und im Visier haben. Auch wir scheuen uns ein bisschen davor, von Revolution zu reden, haben aber den Eindruck, dass ein vielfaches und energisches „Schluss jetzt !“ angesagt wäre.

Große überregionale Events wie der G8-Gipfel 2007 bieten sich natürlich an, diese

Radikalität, diese Gemeinsamkeiten oder unsere Visionen davon, in den Mittelpunkt zu rücken, kräftemäßig ist so etwas aber nicht jedes Jahr drin. Mal abgesehen davon steht dem guten Gefühl, mit vielen Menschen ein oder mehrere Tage gemeinsam auf der Straße / im Camp Widerstand geleistet zu haben, die Tatsache gegenüber, die meiste Zeit eines Jahres allein auch nur ein Rädchen im Gefüge des globalisierten Schwachsinn zu sein. Also müssen wir einerseits sehen, was es an guten und umsetzbaren Initiativen und Aktionsplanungen so gibt, und andererseits überlegen, wie wir die mediale politische Hegemonie der herrschenden Kräfte durchbrechen können. Politische Zusammenarbeit darf sich ja auch nicht darin genügen, (vorübergehend) eine gewisse Binnen-Harmonie zu erzeugen, sondern muss darauf gerichtet sein, die politische Definitionsmacht quasi in Wort und Bild zurück zu erobern!

Insofern ist klar, dass wir unabhängig von irgendwelchen „Gipfeln“ der Herrschenden nicht darum herum kommen werden, linke und linksradikale Zusammenarbeit „neu“ zu definieren. Ganz bestimmt geht das nicht über den vielfach eingeschlagenen Weg, einen gewissen Mobilisierungsverlust und damit einhergehende Perspektivlosigkeit „zunächst in den eigenen Strukturen“ zu klären. Genauso aussichtslos wäre der Versuch, an die G8-Erfolge des vergangenen Jahres anzuknüpfen, ohne einen ähnlichen „Selbstläufer“ in der Hand zu haben. Hilfreich wäre es also, eine oder mehrere (inhaltliche und praktische) „Klammern“ zu schaffen, um unsere politische Marginalität zu überwinden und um auch ohne Gipfel-events (so hilfreich und ansprechend diese auch sind) linke Zusammenarbeit zu stärken.

„Klimawandel“ als inhaltlich-politische Klammer ?

In den aktuellen Diskussionen geht es unserem Eindruck nach auch um die Frage, ob das Thema Klimawandel eine politische „Klammer“ im obigen Sinne bilden könnte. Wir haben im Zuge unserer eigenen Überlegungen festgestellt, dass eine schlüssige Antwort darauf wesentlich schwieriger zu formulieren ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Dennoch wollen wir an dieser Stelle den Versuch einer Antwort unternehmen, in der Hoffnung, damit einen brauchbaren Beitrag zu den laufenden Diskussionen zu liefern (zu welchen Schlussfolgerungen auch immer wir Alle dann letztlich kommen mögen).

Wir haben „Klimawandel“ im ersten Teil als

sentlichen Fragen vorbei gehen, lassen sich derzeit sogar Wähler/innen mobilisieren, wie die letzte Wahl in Australien gezeigt hat. Wir wollen auch nicht ausschließen, dass in Teilen der Politik Besorgnis über die Auswirkungen globaler Temperaturerhöhungen existiert – der „Stern-Report“ hat die möglichen ökonomischen Folgen ja recht anschaulich beschrieben. Damit zusammen hängt, dass es im Politikbetrieb eine Reihe von Personen und Meinungsmachern gibt, die dafür bezahlt werden, „strategisch“ in die Zukunft zu denken – und sei es über die Frage, wie zukünftigen massiven Fluchtbewegungen und Unruhen militärisch zu begegnen sei. Ein entscheidender Faktor ist unserer Ansicht nach der Versuch, das Thema Klimawandel zu nutzen, um globale Prozesse in Gang zu bringen, die dem technologisch hochgerüsteten Europa im Allgemeinen und dem Exportweltmeister Deutschland im Speziellen über den Weg der technologischen Lösung einen strategischen Wettbewerbsvorteil im globalen Konkurrenzkampf verschaffen sollen.

Ausgehend von dieser Situation wären von linker Seite her Fragen zu stellen und, wenn möglich, erste Antworten zu formulieren, sowohl theoretisch als auch praktisch. Diese müssten anders ausfallen als diejenigen der tonangebenden gesellschaftlichen Eliten. Um nicht in der medialen Welle von Beiträgen zur „Klimadebatte“ unterzugehen, ist neben der Prägnanz der eigenen Positionen auch eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit erforderlich.

Dass es diese Mobilisierungsfähigkeit bislang womöglich nicht gibt, seitens der Linken weder nennenswerten Debattenbeiträge noch Kampagnenvorschläge vorliegen, und auch eine allgemeine gesellschaftliche „Mobilisiertheit“ nicht wirklich zu erkennen ist, führt insgesamt dazu, dass die Aussichten für eine „radikale“ Klimadebatte derzeit nicht die Besten zu sein scheinen. Im übrigen wirken auch die bestehenden ökologie-kritischen Strukturen felsenfest verankert im hiesigen Werte- und Denksystem. Und trotzdem, wir halten eine unabhängige politische Mobilisierung von unten wir wünschenswert, für notwendig, und sogar für eine politische Chance, die wir nicht von vorn herein vertun sollten.

Denn wenn uns eine gewisse Mobilisierung von unten gelingt, sollte uns die vordergründige Popularität des Themas letztlich mehr nutzen als schaden. Geschickt ange-

stellt und mit der notwendigen Entschlossenheit ausgestattet, halten wir es für möglich, uns im großen Konzert hör- und sichtbar zu machen und die vorhandene Aufmerksamkeit zu unseren Gunsten zu nutzen. Das heißt, dass es die mediale Aufmerksamkeit uns letztlich erleichtern könnte, die tiefer liegenden grundsätzlichen Fragen zum Thema zu machen – also die ganze Fülle unseres Wissens über den Zusammenhang von weltweiter sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel nicht nur in die Debatte, sondern auch in unsere zukünftigen Kampagnen einzubringen.

Den Klimawandel zum Thema machen

Den Klimawandel von Seiten der Linken zum Thema zu machen hieße zunächst sich den Scheiß von Merkel & Co nicht länger bieten zu lassen, und das in jeder Beziehung: ob es nun um die Frage nach den (weltweiten) Fluchtursachen von Millionen von Menschen geht, oder um die Frage nach der Lebensqualität in den Metropolen, ob es um weltweite Lebensmittelproduktion und deren Transporte geht, oder um den Hochwasserschutz in Bangladesh - mit Markt- und Geldlogik, mit den Profitinteressen korrupter Regime, globaler Finanzmakler und Börsenzocker lassen sich die Probleme auf diesem Planeten nicht lösen. Binsenweisheiten sind das, und trotzdem ist die Linke hier viel zu wenig präsent. Das zu ändern sollten wir uns zur Aufgabe machen.

Dazu gehört:

- Erstens natürlich inhaltlich dem Geschwafel der selbsternannten Klimaretter/innen seitens der Regierung(en) unsere unbequemen Fragen - und vielleicht auch erste Antworten - entgegenstellen. Dazu gehört unbedingt auch, diese Aspekte in unsere ohnehin laufende politische Arbeit zu integrieren, das Thema Klimawandel in unsere Aktions- und Kampagnenplanungen inhaltlich einzubinden, und auf diesem Weg erste Schritte zu tun, die Hohlheit und Verlogenheit regierungsamtlicher und regierungsnaher Lösungsofferten offen zu legen. Es geht somit um die Neu-Definition des Begriffs „Klimawandel“, weg von der Beschreibung singulärer Naturphänomene, hin zu einem Begriff, der auch die sozialen Dimensionen impliziert. Als inhaltliche Schwerpunkte bieten sich an:
 - Drastische Senkung von Emissionen; dies erfordert die „Erzwingung“ einer öffentlichen Debatte darüber, wie sich die Gesellschaft verändern muss, um

dieses Ziel zu erreichen (Stichwort: Autowahn, Großkraftwerke, Vielfliegerei). Gleichzeitig muss den Versuchen, sich bestimmte Standards und Emissionsrechte erkaufen zu können, ein Riegel vorgeschoben werden. Ein weiterer Schritt ist das Aufbrechen der verengten technologischen Perspektive. Es ist Bezug zu nehmen auf die bestehenden sozialen Verhältnisse (Wer kann sich teure Energiesparmaßnahmen leisten? Wer trägt im Zweifelsfall die Kosten dafür?).

- Solidarische Teilung der Folgen. Es kann nicht angehen, dass die Folgebewältigung - von den jeweiligen Möglichkeiten abhängt, sowohl national als auch international; die Linke muss hierbei all jenen ein Forum bieten, die sonst in der öffentlichen Diskussion untergepflügt werden oder dort gar nicht erst auftauchen. Das bedeutet in erster Linie die Einbindung von Aktivistinnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika in die hiesige Klimadiskussion. Von ihrer Seite muss formuliert werden, welche Forderungen sich aus den rassistischen Aspekten des Klimawandels ableiten.
- Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit, um der drohenden neuen Unwirtlichkeit ganzer Regionen entkommen zu können. Hier ist der Bezug zur Migration und den bisherigen diesbezüglichen Aktivitäten.
- Zweitens lokale Initiativen zum Klimawandel zu starten, die geeignet sind, eine gewisse Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien zu erregen, und die den o. g. Willen zur Zusammenarbeit dokumentieren. Welche konkreten lokalen Initiativen geeignet sind, neben den ökologischen auch die sozialen Aspekte in den Vordergrund und in einen internationalen Zusammenhang zu stellen, ist in diesem Zusammenhang sicherlich noch klärungsbedürftig. Dass es uns aber genau darum gehen sollte, liegt für uns aus den in diesem Papier dargelegten Gründen auf der Hand. Auf jeden Fall liegen hier u. A. Anknüpfungspunkte für die zukünftige Zusammenarbeit.
- Richtig klasse wäre es dann drittens, wenn wir uns auf ein überregionales Ereignis, eine überregionale Mobilisierung in 2008 einigen könnten, in der diese inhaltliche und praktische Antwort mit all ihren Aspekten zum Ausdruck kommen könnte.

Jenseits der bisherigen G8-Anknüpfungsideen und Widerstandscamps gilt für uns

weltweiten, bereits in Gang befindlichen – und nicht etwa erst in ferner Zukunft zu erwartenden – Prozess analysiert, der zu einer erheblichen Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Hierbei verstehen wir unter dem Begriff „Klimawandel“ nicht nur die im Zuge der Erhöhung der Atmosphärentemperatur ablaufenden geophysikalischen und biologischen Prozesse sondern auch die Gesamtheit der Anpassungsstrategien, die von den politischen Eliten angedacht und ins Werk gesetzt werden. Tatsächlich sind wir überzeugt davon, dass es global zu einer gravierenden Umwälzung der Lebensverhältnisse kommen wird (und das völlig unabhängig davon, wie schnell irgendwelche Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen greifen werden oder können). Insofern ist auch klar, dass der Prozess des Klimawandels neue materielle und immaterielle Rahmenbedingungen für soziale Kämpfe setzt. Diese geänderten Rahmenbedingungen könnten in einzelnen Regionen so drastisch ausfallen, dass bestimmte Überlebensstrategien hinfällig werden bzw. neue Konfrontationen erzeugt werden.

In der angesprochenen Zuspitzung der Verhältnisse und der Änderung der Rahmenbedingungen besteht eine faktische Verbindung verschiedener Einzelthemen, -fragenstellungen und -kämpfe, die diese gemeinsam in Beziehung setzt zu dem Prozess des Klimawandels. In genau diesem Sinne ist das Thema Klimawandel als verbindendes Moment zu sehen. Gleichzeitig ist es damit auch nicht irgendein Partikularthema unter vielen anderen.

Der Klimadiskurs bietet somit dann eine Chance verschiedene Einzelfragenstellungen und -kämpfe inhaltlich zu verklammern, wenn auf den Aspekt der Zuspitzung und der sich ändernden Rahmenbedingungen Bezug genommen wird. Nach unserer Auffassung werden wir ohnehin nicht umhin kommen, diese in unsere politischen Überlegungen und unsere Praxis einzubeziehen, da sie Realität sind, ob wir das nun kurzfristig wahrhaben wollen oder nicht. Andererseits bleibt Klimawandel als politischer Begriff unbrauchbar, wenn er nicht zusätzlich zu den ablaufenden geophysikalischen und biologischen Prozesse, d. h. außerhalb einer reinen „Öko-Schiene“, auf die bestehenden sozialen Verhältnisse und Gegensätze Bezug nimmt und diese mit ins Zentrum rückt.

Es geht also nicht darum, bestehende politische Initiativen oder politische Strömungen

auf ein neues Hauptthema „Klimawandel“ einzuschwören und eine Art Leitthema vorzuschlagen, dem sich möglichst viele schon vorhandene politische Kampagnen / Initiativen unterordnen sollen. Denn klarerweise können nicht alle politischen Felder und Kämpfe unter dem neuen Oberbegriff „Klimawandel“ subsumiert werden: Wie Nazi-Attacken, rassistische Polizeikontrollen oder die extreme Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft der Eltern in das „Klimathema“ eingereiht werden sollen, können wir uns auch mit viel Phantasie nicht vorstellen.

Genauso wenig kann es darum gehen, „alte“ Themen durch ein „neues“ zu ersetzen oder zu ergänzen, sondern nur darum, das Thema Klimawandel vor dem Hintergrund der dadurch bewirkten Umwälzungen zu nutzen, um grundlegende politische und gesellschaftliche Fragestellungen neu zu thematisieren. Ziel ist es nicht, auf den fahrenden Zug der Eliten aufzuspringen und lediglich die drohende Apokalypse an die Wand zu malen (um dann mit Angst Politik zu machen), sondern im Klimawandel einen weiteren, nicht zu unterschätzenden zerstörerischen Ausdruck der kapitalistischen Systemlogik zu identifizieren und anzuprangern. Wird das Thema auf die dahinter stehenden, grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen zurückgeführt, sehen wir darin eine politische Chance.

Geht es doch unter anderem um Fragen

- der weltweiten Verteilung von und des Zugangs zu Ressourcen,
- der Überlebensfähigkeit ganzer Regionen,
- nach den zentralen Grundlagen gesellschaftlicher „Entwicklung“ in den letzten 300 Jahren, die auf dem stetig wachsenden Verbrauch fossiler Energieträger beruht,
- rücksichtsloser Umweltzerstörung,
- der weltweiten Ernährungssicherheit und Landwirtschaft,
- weltweiter Bewegungsfreiheit angesichts sich massiv verschlechternder Lebensumstände,

was letztlich somit auch eine Reihe von Aspekten globaler sozialer Gerechtigkeit beinhaltet.

Im diesem Sinne könnte uns das Thema Klimawandel die Möglichkeit bieten, politisch mit unseren Themen zu intervenieren, unsere

eigenen Kämpfe zu verbreitern, die internationalistische Perspektive zu verstärken und die gegenwärtige Orientierungslosigkeit zu überwinden. Gleichzeitig bestünde die Möglichkeit, neue Momente einer Zusammenarbeit in der Linken zu schaffen.

„Klimawandel“ – ein Modethema ?

„Klimawandel“ scheint als Modethema daher zu kommen. Allerdings übersieht eine derartige Klassifizierung das Problem und seine Folgen: „Klimawandel“ ist kein virtuelles Phänomen sondern harte Realität mit entsprechenden materiellen Auswirkungen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der aktuelle Klimadiskurs derzeit fast ausschließlich von den gesellschaftlichen Eliten geprägt wird, die eine „Lösung“ in ihrem Sinne propagieren. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der offizielle Hype keine gesellschaftliche Entsprechung findet. Insbesondere existieren kaum Vorstellungen über die Erfordernis, den Rezepten von oben alternative Konzepte gegenüber zu stellen.

Es ist unserer Auffassung nach nicht weiter verwunderlich, dass „Klimawandel“ und „Klimapolitik“ von den Eliten aufgegriffen werden, da es strategische Themen mit erheblichen Rückwirkungen auf die zukünftigen gesellschaftlichen wie ökonomischen Entwicklungen sind. In der Tatsache, dass sie von oben besetzt sind, sehen wir wenig Unterschiede zu anderen, ebenfalls nahezu ausschließlich von oben forcierten Diskursen wie z. B. um „Terrorismus“, „Jugendkriminalität“ oder „Mindestlohn“.

Die Motive für die Beliebtheit des „Klimathemas“ in der politischen Sphäre sind vielfältig, aber nachvollziehbar: So geht es Merkel und Gabriel sicher um persönliche Profilierung, für die sich das Thema „Klimawandel“ hervorragend anbietet, solange ihrem alarmistischen Gerede keine Taten folgen müssen, die den gesellschaftlichen Eliten und den führenden Konzernen weh tun. Darüber hinaus spielt eine Rolle, dass es einer etwaigen breiteren Thematisierung von unten, die angesichts medial aufbereiteter Ergebnisse der Klimaforschung und individueller Wettererfahrungen sicher irgendwann an Bedeutung gewinnen wird, den Wind aus den Segeln zu nehmen gilt (dass in den USA ausgerechnet der „Terminator“- Gouverneur aktiv geworden ist, dürfte nicht zuletzt diesem Umstand geschuldet sein). Mit rhetorischen Bekenntnissen und trivial symbolischen Aktionen (wie „Licht aus“), die zielgenau an allen we-

zunächst: Klimawandel ist zwar ein globales Problem, ohne lokale Verankerung und ohne themenübergreifende Zusammenarbeit ist die Vision einer internationalen Kampagne von unten unerreichbar!

Nicht allein weil der Nachfolgegipfel von Bali 2009 in Kopenhagen stattfinden soll, juckt es uns in den Fingern, an genau solch einer Vision / Utopie zu arbeiten. An Kopenhagen kommen wir sowieso nicht vorbei, egal woran wir konkret politisch arbeiten. Ziel sollte es daher sein, das Thema soweit in der Linken zu verankern und verbreitern, dass der nächste Klimagipfel in Kopenhagen im Herbst 2009 zu einem Kristallisationspunkt für eine europaweite bzw. darüber hinausgehende Mobilisierung werden kann.

¹ Um am dieser Stelle nicht falsch verstanden zu werden: Es spricht nichts gegen intelligente technische Lösungen, die den Energieverbrauch senken oder Energie aus regenerativen Quellen bereit stellen. Was hier kritisiert werden soll, ist der Glaube, mit technischen Maßnahmen alleine könne das „Problem“ Klimawandel „gelöst“ werden. Denn bereits jetzt sehen wir, was daraus folgt: Seitens der EU werden feste Anteile für „Bio“- Treibstoffe als Zielvorgaben formuliert, ohne sich eingehender mit den ökologischen (Stichwort Ressourceneinsatz und Regenwaldzerstörung) und sozialen (Stichwort: Nahrungsmittelkonkurrenz) Folgen dieser Vorgabe zu beschäftigen. Kraftwerksbetreiber halten an ihren Monopolen fest, bauen Großkraftwerke auf Kohlebasis und versuchen sich in dem Irrsinn einer CO₂ Abscheidung (wenn nicht gleich die Kernenergie als Ausweg verkauft wird). Die allzu schnelle Fokussierung auf die technologische Lösung blendet somit aus, dass jede neue im großen Maßstab eingesetzte Tech-

nologie immer auch neue Probleme erzeugt. Von der Frage, welche Arten von technologischen Lösungen wie finanziert werden sollen, ganz zu schweigen (Der Ablasshandel für Flugreisen funktioniert ja nach dem Modell dem verarmten ländlichen Indien als Kompensation dafür, dass man in den Industrienationen weiterhin beliebige Einkaufs- oder Urlaubsreisen mit dem Jet unternimmt, einen Solarkocher zu spendieren – ein Modell, das nur funktioniert, wenn der enorme Unterschied in den Lebensverhältnissen aufrecht erhalten wird).

² Vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden politischen und sozialen Verunsicherung in den Metropolen, eines wirksamen konservativen „Roll-Back“, und einer nie zuvor existierenden Medienmacht, sollten wir die Wirkung ihrer politischen Inszenierungen und pseudo-wissenschaftlichen Reportagen aber nicht unterschätzen.



KLIMAWANDEL SELBER MACHEN

www.klimacamp08.net
hamburg, 15-24 august 2008

Politik im Patriarchat

Basisdemokratisches Bündnis Göttingen

Im Folgenden soll ein geschlechtssensibler Begriff von Politik skizziert werden, der die neutral und unabhängig erscheinende Sphäre der Politik zu erfassen versucht als eingebettet in einer Gesellschaftsformation, die von verschiedenen Ideologien und Herrschaftsverhältnissen durchzogen ist. Eines davon, wenngleich nicht das einzige, ist das (moderne) Geschlechterverhältnis, dessen Wirken als Ausschließungs- und Normierungsmechanismus viel zu oft unterschätzt und ausgeklammert wird.

Was Männer und Frauen ausmacht, wird zumeist als „genetische Veranlagung“ oder „biologische Disposition“ betrachtet, denen mit allerhand wilden Analogien aus dem Tierreich oder einem mehr aus Projektion des Bestehenden als aus Aneignung des Vergangenen bestehendem Geschichtsbild Plausibilität verliehen wird.¹ Was aber gerade das spezifische der Menschen ausmacht, nämlich dass diese in der Lage sind komplexe und vor allem dynamische und veränderliche Gesellschaften auszubilden, wäre es, was hier besondere Beachtung verdiente.

Wie jahrzehntelange feministische Forschung gezeigt hat, gilt diese Veränderlichkeit insbesondere auch für Vorstellungen und Darstellungsweisen von Geschlecht. Wenn also in diesem Artikel von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ die Rede ist, so sollen diese immer als gesellschaftliche Kategorien verstanden werden, deren Ursprung eben nicht in einer biologisch-zweigeschlechtlichen „Programmierung“, sondern in gesellschaftlicher Praxis zu suchen ist.²

Wer über Geschlechterrollen schreibt und versucht zu erfassen, wie sich die moderne Zweigeschlechtlichkeit im Einzelnen ausprägt, gerät leicht in die Gefahr, mit dem Herausarbeiten von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ gerade jene Zwangskategorisierung und Stereotypen zu verfestigen, die eine emanzipatorische Kritik eigentlich zu durchbrechen trachtet. Denn es handelt sich bei Geschlechterkonstruktionen zum Einen um „gesellschaftliche Codes“, die sich

in Ideologie niederschlagen, etwa in der Vorstellung davon, was einen „richtigen Mann“ oder eine „richtige Frau“ ausmache, die aber gerade ob ihres ideologischen Charakters nicht immer deckungsgleich mit tatsächlichen empirischen „Männern“ und „Frauen“ sind. Zum Anderen aber sind diese nicht nur „fixe Ideen“, sondern können nur verstanden werden, wenn die gesellschaftliche Realität der Menschen analysiert wird, die diese tatsächlich in diese zwei Kategorien einsortiert, normierend wirkt, hierarchisiert und eben deshalb als solche Struktur benannt und kritisiert werden muss.

Nichtsdestotrotz muss dabei immer betont werden, dass die Geschlechtsidentität des einzelnen Individuums dadurch nicht schlussendlich determiniert ist und nicht wenige gar nicht in die Kategorien passen.³

Öffentlichkeit und Privatheit – Männlichkeit und Weiblichkeit

Der moderne (National-)Staat, so wie wir ihn heute kennen, ist ein Produkt der bürgerlichen Aufklärung. Deren zentrales Programm bestand darin, die Menschen aus feudalen Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien und als „freie“ und „gleiche“ Individuen einzusetzen. Diese sollten also nicht mehr „von Geburt“ aus gebunden sein, sondern willentlich Verträge mit gleichen Freien schließen können und „nur“ über ihr Eigentum verfügen können, nicht etwa über andere Menschen. Die Realisierung dieser Ideale wird uns allen wohl bekannt sein als die frühkapitalistische Klassengesellschaft, in der es keine Leibeigenschaft und Sklaverei mehr geben sollte, sondern Kapitalist_innen und Lohnarbeiter_innen nun sich als „freie Warenbesitzer_innen“ gegenübertraten und per Vertrag Waren austauschen.⁴

Das „freie“ Individuum sollte nun „selbstbestimmt“ in zwei Sphären einer sich neu herausbildenden Öffentlichkeit bewegen können: Als ökonomisches Subjekt Eigen-

tum besitzen und tauschen, als politisches Subjekt seine „Interessen“ vertretend sich in politischen Institutionen des sich herausbildenden bürgerlichen (National-)Staats artikulieren, der entgegenstehende Interessen vermitteln und zu einem „Gesamtinteresse“ bündeln sollte. So zumindest in der idealen liberal-demokratischen Konzeption.⁵

Quasi als „dunkler Schatten“ dieser Öffentlichkeit konstituierte sich die moderne Form von Privatheit, die all das organisierte, was die öffentliche Sphäre still voraussetze, aber selbst nicht zu leisten vermochte – zunächst in der Form der bürgerlichen Kleinfamilie, die erst nach und nach auch außerhalb des Bürgertums Form annahm. Diese verschaffte dem „unabhängigen Subjekt“ die notwendigen Voraussetzungen, um als solches agieren zu können.

Dies „Subjekt“ war von Anfang an als männliches konzipiert, dessen Eigenschaft, rational und instrumentell agieren zu können, mit Männlichkeit assoziiert. Die Tätigkeiten in der „Reproduktionsphäre“ sollten weitestgehend an Frauen delegiert werden, die folgerichtig nur von wenigen liberalen Theoretikern mit gemeint waren, wenn von „Mensch“ die Rede war.⁶ Direkte Abhängigkeitsverhältnisse, die die bürgerliche Gesellschaft eigentlich mit der Aufklärung hinweg gefegt wissen wollte, setzten sich in der patriarchalen (Klein-)Familie fort, für deren öffentliche Repräsentation der Mann sich zuständig zeichnete. Dies Herrschaftsverhältnis wurde mit allerlei Diskursen über die vermeintliche „Natürlichkeit“ gerechtfertigt oder als Privatangelegenheit seiner gesellschaftlichen Relevanz abgesprochen.⁷

In der Struktur von männlicher Öffentlichkeit und weiblicher Privatheit steckt die Konstruktion der Trennung von Kultur/Natur, Subjekt/Objekt, Rationalität/Emotionalität, in der das jeweils erste der Männlichkeit zugeschrieben, und letzteres auf das Weibliche projiziert und abgewertet wird. Anhand dieser bipolaren Gegensatzpaare bildet sich die moderne Zweigeschlecht-

lichkeit, die als „Zwangskategorie“ insofern verstanden werden kann, als dass Identität in dieser Struktur nicht ohne ein eindeutiges Geschlecht gedacht werden kann. Während sich Männlichkeit und Weiblichkeit polarisieren, pathologisiert dies strukturell jene, die den Kategorien nicht entsprechen können, wie etwa Trans- und Intersexuelle. Als „unvollständige“ sind die beiden polaren Geschlechter jeweils heterosexuell aufeinander bezogen.⁸ Die Zweigeschlechtlichkeit wirkt in dieser Hinsicht ihrem Wesen nach heteronormativ.⁹

Dass diese sexistische Konstruktion tief in den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft steckt können wir selbst von deren „großen Denkern“ erfahren. Exemplarisch hierzu Rousseau, der, besonders in Deutschland, oft in Sachen Staats- und Demokratietheorie herangezogen wird. Dieser verstand sich ebenso als Pädagoge und schrieb in seinem Werk „Emile“ über die Erziehung des Jungen zu dem für seine Staatskonzeption geeigneten Mann. In einem Unterkapitel fügt er „Emile“ noch eine Frau „Sophie“ hinzu, ohne deren Rolle seine Staatskonzeption gar nicht auskäme: „als ob sich nicht durch das kleine Vaterland der Familie das Herz an das große anschloße! als ob nicht der gute Sohn, der gute Ehemann, der gute Vater den guten Bürger ausmachten!“¹⁰

Es wäre also falsch anzunehmen, hier wäre der liberale Gedanke einfach nicht weit genug gegangen und vormoderne Geschlechterverhältnisse „noch nicht“ kritisiert worden. Der gute „Bürger“ für das „große Vaterland“ hat die Familie zur Voraussetzung, die notwendigerweise ein Unmündiges braucht, um den Mündigen als solchen voll ausbilden zu können: „Die ganze Erziehung der Frauen muß daher auf die Männer Bezug nehmen. Ihnen gefallen und nützlich sein, ihnen liebens- und achtenswert sein, sie in der Jugend erziehen und im Alter umsorgen, sie beraten, trösten und ihnen das Leben angenehm machen und versüßen, das sind zu allen Zeiten die Pflichten der Frau“ (S. 394)¹¹.

Alle Elemente von Männlichkeits- und Weiblichkeitskonzeption finden sich zuhauf wieder: „Der eine muß aktiv und stark sein, der andre passiv und schwach; notwendigerweise muß der eine wollen und können; es genügt, wenn der andere wenig Widerstand leistet. [!]“ (S. 386). Es ist auch ihm klar, dass der Status des Individuums folge-

richtig nicht für die Frau gedacht ist: „Warten, bis sie [die Frauen] sich nichts mehr aus Männern machen, hieße warten, bis sie zu nichts mehr nütze sind“. (S. 387) Diese Degradierung arbeitet unser feiner Demokrat an mehreren Stellen leidenschaftlich bis zur Rechtfertigung von Vergewaltigung aus: „Die erste und wichtigste Eigenschaft einer Frau ist die Sanftmut: bestimmt, einem so unvollkommenem Wesen wie einem Mann zu gehorchen, der oft selbst voller Laster und immer voller Fehler ist, muß frühzeitig lernen, Unrecht zu erdulden und Übergriffe eines Mannes zu ertragen [!], ohne sich zu beklagen. [!]“ (S. 401)

Das moderne Patriarchat kann also nur durch die bürgerliche Gesellschaft insgesamt vollständig erfasst werden, in die es strukturell eingebettet ist. Es lässt sich allerdings nicht einfach aus deren Struktur ableiten oder behaupten, ohne diese könnte es kein Patriarchat geben. Um zu verstehen, warum gerade anhand des Geschlechts diese Linie so und nicht anders verläuft, brauchte es ideologische Vorbedingungen, die nur geschichtlich erfasst werden können. Nichtsdestotrotz ist das Patriarchat damit historisch untrennbar in die bürgerliche Gesellschaft eingebettet und bildet ein qualitativ neues Geschlechterverhältnis aus, das zu einem eigenständigen Herrschaftsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft wird.

Kampf um den Subjektstatus

Dies Geschlechterverhältnis, wenn auch in seinen grundlegenden Bestimmungen von Männlichkeit und Weiblichkeit an die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft gebunden, ist in seiner konkreten Ausformung recht dynamisch und hat durch die Moderne hindurch viele Veränderungen durchgemacht. Davon zeugen nicht zuletzt die sozialen Kämpfe der Frauenbewegungen sowie SchwuLesBische, Trans-, Intersexuellen oder Queer-Bewegungen.

Die Kämpfe der frühen Frauenbewegungen im 19ten und Anfang des 20ten Jahrhunderts zielten besonders darauf ab, den „Objektstatus“ abzustreifen und sich als handelndes Subjekt zu konstituieren. Bürgerliche Teile setzten vor allem auf Wahlrecht, Zugang zu Bildung usw. Proletarische hatten vor allem auch die ökonomische Situation und Abhängigkeit von Frauen im Blick.

Wenngleich die angestrebte Form als bürgerliches, politisches Subjekt gerade die Integration in die bürgerliche Gesellschaft mit dessen sexistischer Grundmatrix bedeutete, was radikale Teile der Bewegungen oft auch kritisch betrachteten, so bot dies doch weitreichende emanzipationspotentiale und konnte die Frauen aus der Einsperrung in den Haushalt befreien. Das langwierig erkämpfte Wahlrecht brachte sie auf die Bühne der bürgerlichen Öffentlichkeit. Sie zwangen die patriarchale Gesellschaft, sie als (politisches) Subjekt zumindest anzuerkennen. Gleichzeitig heißt dies aber auch, dass sie sich in die Form männlicher Politik zwingen müssen.

Politik bleibt männlich

Sich nun innerhalb der „männlichen“ Sphäre der bürgerlichen Politik und deren Strukturen zu bewegen, verlangt nun entsprechend ein „männliches“ Auftreten und „männliche“ Eigenschaften, um sich dort überhaupt richtig Gehör verschaffen zu können: selbstsicheres, rationales argumentieren¹² um sich in der Konkurrenz mit politischen Gegner_innen durchzusetzen, Integrität, „Stärke“ und „Durchsetzungskraft“, wenn es um die Wahl bestimmter Ämter geht, das Schmieden von (männerbündischen) Macht- und Einflussmöglichkeiten.¹³

An dieser Stelle könnte gegen diese Kritik berechtigterweise eingewendet werden, dass hier viel zu sehr davon ausgegangen wird, dass Frauen tatsächlich die weiblich konnotierten Eigenschaften mit sich tragen und sich männliche nicht anzueignen vermögen und daher ausgeschlossen bleiben. Die in Sozialisation und Erziehung entstehende psychologische Disposition der (geschlechtlichen) Identität und deren Eigenschaften normieren zwar die Charaktere von Frauen und Männern, die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit an dieser Stelle für bare Münze zu nehmen, würde jedoch gerade die beschriebene Zuordnung wiederholen, und den Umstand, dass kaum eine Frau tatsächlich hundertprozentig in dieser Konstruktion aufgeht, leugnen.

Auch haben sich die Geschlechtscharaktere über die letzten Jahrzehnte deutlich flexibilisiert, sodass die patriarchale Ausschließung der Frau aus der Politik noch weniger aus „den Eigenschaften der Frau“ erklärt

werden könnte. Die Schlussfolgerung, Frauen könnten eben nicht „männlich“ genug sein wäre in der Konsequenz selbst eine patriarchale.

Vielmehr ist die formale Gleichstellung und die Praxis der Politik selbst ein wenig auf sein Versprechen abzuklopfen: Geschlecht ist nämlich nicht einfach nur eine „Eigenschaft“ einer Person, sondern eben als gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen. Um sich als politisches Subjekt zu behaupten, muss frau als solches erst einmal anerkannt werden und dafür notwendige Eigenschaften zugestanden bekommen. Dort setzen einige ideologische und teilweise unbewusste Wahrnehmungsfilter, Codes und Tabus ein, die strukturell patriarchal wirken. Es steht nämlich nicht nur das formal gleiche politische Subjekt zur Debatte, sondern die gesamte Identität der Sprechenden.

Um als Frau glaubwürdig und z.B. für ein bestimmtes Amt geeignet zu erscheinen, muss sie erst beweisen, dass sie diese Eigenschaften mitbringt, die beim Mann qua seines Geschlechts ohnehin schon angenommen werden. Gut zeigen lässt sich dies z.B. an der Kandidatur von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin. Bevor ihre Argumente im Vergleich zu ihrem Gegenkandidaten Schröder behandelt werden konnten, musste erst einmal die Frage geklärt sein, ob sie denn „als Frau“ dazu auch richtig taugt. Während er vielmehr in seiner Funktion als Politiker verhandelt wurde, musste sie erstmal als Frau überzeugen. Viele sexistische „Witzchen“ über ihre Frisur, ihr Gesicht und eben sie als Frau in einer „Männerrolle“ zeugen davon.¹⁴

Und genau dies führt zu einem Dilemma: Als „richtige Frau“ anerkannt zu werden, die emotional sein kann, eventuell mütterliche Qualitäten mit sich bringt und was für ein Irrsinn noch an die weibliche Identität geheftet wird, muss durch eine diffizile Gratwanderung damit in Einklang gebracht werden, die notwendigen „männlichen“ Kompetenzen vorzuweisen, um als Politikerin zu überzeugen. Sie muss die Quadratur des Kreises hinbekommen, zwei sich widersprechende Identitäten in Einklang zu bringen und dabei weder als „Mannsweib“ noch als „Frau die nichtmal richtig rückwärts einparken kann und dann auch noch Kanzlerin werden will“ ihre eindeutige Geschlechtsidentität, und damit letztlich ihren Status als politisches Subjekt, abgesprochen zu bekommen.¹⁵

Auch dort, wo Frauen in die Politik eindringen, setzt sich die patriarchale Struktur auf andere Weise fort: Die weiterhin vorausgesetzte bipolare Zweigeschlechtlichkeit erleichtert es Frauen, tendenziell bestimmte Politikbereiche für sich zu besetzen. Sie finden sich oft in als „weich“ konnotierten Bereichen wieder (Familien- und Sozialpolitik, Erziehung, Gesundheit etc.), in die es leichter vorzudringen ist, als in die „harten“ männlichen Machtzentren. Wiederum nicht aus mangelnder Kompetenz, sondern strukturell durch Zuschreibungs- und Wahrnehmungsmechanismen vermittelt.

Wir sehen also, dass die bisherige Einbindung der Frauen in die Politik oft mit viel höheren Anforderungen und einer Doppelbelastung verbunden ist und wesentliche Bereiche weiterhin männer-dominiert bleiben. Politik entlarvt sich hier als weiterhin männliche Angelegenheit, die nur neutral scheinen kann, wenn sie losgelöst von ihrem gesellschaftlichen und ideologischen Kontext betrachtet wird. Aus diesem ist sie aber erwachsen, und in diesen ist sie notwendig eingebettet, sonst wäre es keine (bürgerliche) Politik mehr.

Feministische 'Politik'?

Welche Konsequenzen hat diese Erkenntnis nun für eine emanzipatorische Praxis, die den Anspruch hat, Herrschaftsverhältnisse abzubauen bzw. nicht selbst zu reproduzieren? Wir haben „Politik“ bisher recht eng gefasst, als auf den bürgerlichen Staat und dessen Institutionen bezogene. Zweifelsohne sind aber politische Bewegungen etwa zwar in einer Öffentlichkeit zu verorten, sie artikulieren sich aber nicht notwendigerweise durch die etablierten demokratischen Institutionen. Mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ wird diesen allerdings wieder ein abgeschlossener Platz innerhalb jener Ordnung eingeräumt, die selbst strukturell die Elemente in sich trägt, gegen die sie eine emanzipatorische Kritik richtet.

Daher müsste eine solcher Ansatz, der von Zuschreibungen in bestimmte Identitätskategorien, wie etwa die moderne, heteronormative Zweigeschlechtlichkeit, befreien möchte, eben die Form der Politik und deren Eingebundenheit in eine strukturell sexistische Gesellschaft selbst zum Gegenstand der Kritik machen, anstatt diese als neutrales Mittel des Tagesgeschäfts zu betrachten. Das bedeutet, dass diese Kritik

aufs Ganze gehen muss, und nicht sich auf die politische Sphäre oder auf Geschlechterverhältnisse beschränken kann. Dabei gilt es auch zur eigenen Praxis immer ein kritisches Verhältnis zu wahren. Klar sein sollte auch, dass das, was hier exemplarisch am Beispiel der Politik verhandelt wurde, sich quer durch andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bis vor allem in private Beziehungen hinein zieht.

Es reicht bei der politischen Organisation selbstverständlich nicht aus, einfach die Kategorie „Geschlecht“ weg zu definieren und sich als anti-sexistisch zu titulieren. Die Wirkung dieser Kategorie löst sich ja bei kritischer Betrachtung nicht einfach auf. Sie ist tief in unsere psychologischen Strukturen, unserer Wahrnehmung und unseren Körpern eingeschrieben und reproduziert sich durch einzelne Interaktion mit der Gesellschaft hindurch. So war es gerade Anlass für diesen Artikel, dass das Basisdemokratische Bündnis, obgleich es sich immer als (pro-)feministisch begriffen hat, sich selbst damit konfrontiert sah, mit einer sehr geringen Frauenquote (die kurzzeitig die Null erreicht hatte) letztlich als männerdominierte Gruppe aufzutreten. Dies zeugt von der Notwendigkeit, die Position der Kritik nicht als außerhalb der Gesellschaft stehende, sondern sich selbst als Teil des Kritikgegenstandes, der Gesellschaft, zu begreifen.

Dies kann selbstverständlich nicht bedeuten, sich mit dem Verweis auf die Gesellschaft jeder Verantwortung frei zu sprechen. Die Gesellschaft vermittelt sich ja gerade durchs einzelne Individuum und dessen sozialer Praxis. So starr ist die Struktur nicht, dass es nicht möglich wäre, offen sexistisches Verhalten zu unterbinden und in seinen Gruppen, Veranstaltungen und Alltagsverhalten strukturell sexistische Verhaltens- und Arbeitsweisen zu reflektieren, abzubauen und Gegenstrategien zu entwickeln. Die begrenzte aber nicht unwesentliche Veränderlichkeit des (modernen) Geschlechterverhältnisses haben nicht zuletzt die sozialen Kämpfe von Frauen-, LesBiSchwulen-, Trans- und Queerbewegungen gezeigt.

In der politischen Organisation können solche Gegenstrategien z.B. mit bestimmtem Redeverhalten beginnen. Redet z.B. immer die Person, die am lautesten schreit? Oder wird auf Meldungen geachtet? Herrscht ein Klima, in dem Angst davor be-

stehen muss, etwas „falsches“ zu sagen, als „dumm“ dazustehen? Werden vielleicht bestimmte Leute besonders ernst genommen und andere nicht, weil bewusst oder unbewusst von einer besonderen Kompetenz ausgegangen wird? Ist eventuell eine geschlechtlich quotierte Redeliste eine Möglichkeit, eine ausgeglichene Teilnahme zu erleichtern? Das sind nur einige Fragen, die sich eine Gruppe stellen kann. Das geht weiter bei der Frage, wie Themen gefunden und priorisiert werden.

Warum hält die Gruppe vielleicht ein Thema für besonderes relevant, andere aber für Nebensächlichkeiten? Drücken sich darin eventuell Hierarchisierungen aus, die aus Wahrnehmungsstrukturen à la „harte“ und „weiche“ Themen herrühren? („Studiengebühren stehen jetzt aber auf dem Plan; darum dass alle Professoren, an die wir uns richten, Männer sind, kümmern wir uns später“?) Halte jemand es vielleicht nicht für wichtig, weil er_sie sich selbst nicht davon betroffen wähnt? Werden eventuell Themen unter bestimmten Gesichtspunkten betrachtet, andere jedoch nicht? Auch Versuche, die ebenfalls in die Sprache eingeschriebenen Verhältnisse¹⁶ z.B. durch geschlechtsneutrale Schreib- und Sprechweise (geschlechtsneutrales „Innen“, verkehrendes „innen“ oder offenes „_innen“) kenntlich zu machen, so banal es scheinen mag, kann zur Offenlegung von Herrschaftsstrukturen beitragen.

Nicht täuschen lassen sollten wir uns aber auch darüber, dass es immer auch notwendig sein kann, sich auf institutionalisierte Politik einzulassen. Wenn sich etwa das BB zur Wahl zum Studierendenparlament stellt, wird es sich auch in diesem bewegen müssen. Schon von der Struktur eines Parlaments mit konkurrierenden Gruppen, formalen Zuständigkeitsbereichen usw. ist dort eine recht männlichen Umgebung anzutreffen. Eine solche Praxis bewegt sich notwendigerweise in Widersprüchen, die im Bestehenden so einfach nicht aufgelöst werden können. Sie findet in der gesellschaftlichen Realität ihre Grenzen.

Das kann aber nicht bedeuten, sich damit abzufinden, sondern gerade dort, wo es schwierig wird, den Finger in die Wunde zu legen: Wo Anspruch und Wirklichkeit einer strukturell sexistischen Gesellschaft, die sich doch als demokratische und gleichberechtigte ausgibt, in Konflikte geraten, gilt es sie radikaler Kritik zu unterziehen

und eben diese Widersprüche aufzuzeigen. Nicht allein mit dem Ziel, mögliche Verbesserungen innerhalb dieser Gesellschaft zu erreichen, sondern auch, eben deren Grenzen zu sprengen.

1) Davon zeugen nicht zuletzt erfolgreiche populär-wissenschaftliche Veröffentlichungen wie Eva Hermanns „Eva-Prinzip“ oder „Warum Frauen nicht einparken und Männer nicht zuhören können“ des idyllischen Traum-Ehepaars Allan und Barbara Pease oder auch in den letzten Jahren besonders populär werdenden Ansätzen in der Hirnforschung.

2) Ein spezifischer Blick in die Geschichte, die von verschiedensten Geschlechtersystemen und Sexualitätskonzepten erzählt, oder aber auch eine genauere Analyse der modernen Begriffe von „Mann“ und „Frau“, die eben nicht einmal medizinwissenschaftlich alle Menschen diesen zwei Kategorien eindeutig zuordnen kann, legt die These nahe, dass es sich bei Geschlecht und Sexualität um zutiefst gesellschaftliche und veränderliche Kategorie handelt. Vgl. dazu „Die Geschlechtermatrix“

3) Auch wenn die (heterosexuelle) Zweigeschlechtsbrille es nicht widerspruchsfrei auf den Begriff bringen kann, gibt es „unweibliche Frauen“, „unmännliche Männer“, Homo-, Trans-, Intersexuelle usw. Deren Existenz wird gerade durch die Zweigeschlechtermatrix ausgeblendet, und das bekommen sie zu spüren: Etwa Intersexuelle dadurch, dass sie, um überhaupt als „vollwertiger Mensch“ anerkannt zu werden, sich einer Geschlechtsidentität zuzuordnen gezwungen sind, und dafür nicht selten aufwendige medizinische Behandlung über sich ergehen lassen und sich dieser Geschlechtsrolle und deren Verhaltensweisen unterordnen müssen.

4) Freilich nur in dem Sinne frei und gleich, insofern sie einen Vertrag schließen und ihr Eigentum eintauschen (die Ware Arbeitskraft gegen Lohn) und von sozialen Unterschieden abgesehen wird. Eigentum vorausgesetzt schlägt diese Freiheit um in ihr Gegenteil, denn der „doppelt freie“ (Marx) Lohnarbeiter, frei von feudaler Bindung, aber auch frei von Produktionsmitteln, nur seine Arbeitskraft besitzend, hat gar keine andere Möglichkeit, als „freiwillig“ das Lohnarbeitsverhältnis einzugehen, so er denn nicht verhungern will. (vgl. Karl Marx, das Kapital Band I, Marx-Engels-Werke (MEW) 23 S. 181ff)

5) Da der Begriff „freies Individuum“ in der bürgerlichen Demokratie rein ideell bleibt verkehrt er sich in sein Gegenteil. Die (Staats-) Politik ist bezogen auf Gesamtgesellschaft, die in ihrer kapitalistisch-warenförmigen Verfassung immer schon unter der Prämisse des Verwertungsimperativs nur handlungsfähig ist. Das „ökonomische Subjekt“ setzt einen Prozess in Gang, der durch dieses erst konstituiert wird, sich aber seiner Kontrolle entzieht. Es wird selbst zum Objekt eines automatischen Prozesses. (Vgl. dazu den Fetischismus-Begriff bei Marx, MEW23 S. 85ff)

6) Als Ausnahmen sind zu nennen z.B. John Stuart und Harriet Taylor Mill oder Jean Antoine de Condorcet, deren Arbeiten zu diesen Thema

aber zu ihrer Zeit wenig Wirkung hatten. Während Condorcet den Frauen das Wahlrecht und die Beteiligung an der öffentlichen Gesellschaft zusprechen möchte, weil es funktional für diese wäre, ist Mill einer der wenigen, die es leisten, aus den Prinzipien der universalen Menschenrechte abzuleiten, dass Frauen diese als Menschen ebenso zukommen müssten, weswegen Gleichbehandlung aus Prinzip ihm notwendig erscheint. Vgl. John Stuart Mill/Harriet Taylor Mill: „Die Hörigkeit der Frau und andere Schriften“ und Jean Antoine de Condorcet: „Über die Zulassung der Frauen zum Bürgerrecht“

7) Mit diesem Argument wurde etwa die Vergewaltigung in der Ehe tabuisiert. Interessant an dem Diskurs zur Legitimation der gesetzlichen Sanktionierung (in der Ehe blieb es lange Zeit straffrei, bis in die 1990er Jahre hinein galt Ehe als mildernder Umstand) ist, dass diese mit einem emanzipatorischen Pathos eingefordert wurde: Gegen klerikale Herrschaft gerichtet, sollte die Privatsphäre des Individuums den Staat nichts angehen. Das Individuum ist auch hier freilich der Mann, die „Freiheit“ die des Mannes, „seine“ Frau zu vergewaltigen.

8) Wenngleich Mann und Frau als Gegensatzpaare von Männlichkeit und Weiblichkeit gedacht werden, zieht sich diese Trennung nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch durch das einzelne Individuum. Auch Männer tragen die der Weiblichkeit zugeschriebenen Eigenschaften (Emotionalität, Empathie usw.) in sich, müssen diese doch beständig unter Kontrolle bringen und nach außen hin verschwinden lassen (im besten Falle heimlich im Privaten ausleben), um nicht der (weiblichen) Schwäche bezichtigt zu werden. Das gleiche gilt mit umgekehrtem Vorzeichen für männlich besetzte Eigenschaften bei Frauen.

9) Heteronormativität meint sowohl, dass Heterosexualität als Normalität gesetzt wird, während andere Sexualitäten immer als Abweichungen oder pathologische gelten, und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ausgeblendet werden (es muss z.B. kein_e Heterosexuelle_r erst ihr_sein Coming out durchleben, um als heterosexuell zu gelten), als auch, dass tendenziell die Norm von zwei entgegengesetzten Geschlechtern sich real durchsetzt, indem die Menschen ihr jeweiliges Geschlecht inklusive der dazugehörigen Heterosexualität inszenieren (müssen). Vgl. dazu „Die Geschlechtermatrix“

10) Rousseau, Jean-Jaques: „Emile oder über die Erziehung“ (Paderborn/München/Wien/Zürich 1989 / 1762, S. 392). Seitenangaben im Folgenden beziehen sich auf diese Ausgabe

11) Diese Vorstellung von den „ewigen Pflichten der Frau“ sind es übrigens auch, auf die sich Eva Hermanns „Eva-Prinzip“ bezieht, wenn dort „weibliche Tugenden“ wieder eingefordert werden, die jetzt an der Zeit wären.

12) An dieser Stelle soll nicht das rationale Argument als männlich besetztes abgelehnt werden und „mehr Emotionalität“ oder gar Irrationalität als Gegenmodell eingefordert werden. Vielmehr ist die bürgerliche Vernunft selbst durch die künstliche Trennung von Rationalität/Emotionalität eine beschädigte und falscher Schein: Zum einen kommt jede rationale Argumentation nie

ohne nicht aus der reinen Vernunft ableitbare Setzungen aus, auf deren Grundlage sie argumentieren kann. Eine „vernünftige“ politische Argumentation, die sich zum Beispiel über den Nutzen für das nationale Kollektiv rechtfertigt oder die Finanzierbarkeit seiner Forderungen vorrechnet, recurriert seinerseits auf irrationale Vorannahmen, wie etwa den Zweck des „nationalen Interesses“ oder der Geldvermittlung innerhalb einer Warenproduktion. Diese ist dabei vielmehr nur rational innerhalb eines irrationalen Rahmens, und verkehrt sich damit seinerseits zur Irrationalität. Die männlich-aufklärerische Vernunft, die alles Subjektive aus der Argumentation auslöschen will, um sich Objektivität zu verschaffen, streicht dabei jegliche Individualität durch. Die subjektiven Zwecke des politischen Subjekts, die doch scheinbar der Gegenstand politischen Handelns ausmachen sollten, lösen sich in der objektiven Vernunft auf

und verkehren sich damit für das Individuum zur Unvernunft.

13) Ein gutes Beispiel männerbündischer Beziehungen aus der Uni-Landschaft sind die inzwischen etwas anachronistisch wirkenden Burschenschaften und studentischen Verbindungen, die den Verbindungsstudenten die richtigen Kontakte und „Skills“ für ihre weitere Karriere in Wirtschaft oder eben Politik zu beschaffen versprechen. Nicht zufällig sind Frauen hier weitestgehend ausgeschlossen.

14) Bezeichnend dafür, dass zur Sendung „Sabine Christiansen“ nach dem Kanzler-Duell extra Brigitte Huber von dem Blättchen „Brigitte“ eingeladen wurde, um ihre Fachmeinung über die Wirkung von Merkel als Frau einzuschätzen. Einen Männerexperten für Herrn Schröder brauchte es nicht.

15) Anhand eines Interviews mit der Cosmopolitan vom September 2005 (S. 120f) lässt sich das ganz gut nachvollziehen: Unter dem Titel „Smart & Stark“ ist dort das Interview abgedruckt. Über dem Text finden sich zwei große Portraitaufnahmen, auf denen Frau Merkel einmal zurückhaltend-lächelnd, und ein zweites mal in einer entschlossenen Pose mit verschränkten Armen aus einer Froschperspektive abgebildet ist. Im Interview stellt sie sich Fragen wie „Man sagt, sie hätten einen ausgeprägten Willen zur Macht. Warum ist das bei einer Frau immer noch ein Problem?“ oder „Schmerzt es Sie, zu lesen, Sie seien kalt und gingen über Männerleichen?“.

16) vgl. „Sprache als HERRschaft“

Dieser Artikel ist abrufbar unter: <http://www.bb-goettingen.de/694>

Wahlkampf ist scheiße

LiSA (Bremen)

Vom 16. bis zum 20. Juni 2008 waren an der Bremer Uni Studierendenrats-Wahlen. In diesen Wahlen erreichte das Linke-Listen-Bündnis ein weiteres Mal mit dreizehn Sitzen die absolute Mehrheit und stellt jetzt im fünften Jahr den AStA. Die Liste LiSA wurde mit sechs Sitzen bald schon traditionell die stärkste Fraktion. Aber eigentlich finden wir Wahlen ziemlich scheiße. Damit hielten wir auch während des Wahlkampfes nicht hinterm Berg. Auf der ersten Seite unserer "Wahlkampf-Broschüre" stand folgendes Statement, mit dem wir versucht haben unser strategisches Verhältnis zum AStA und zu Wahlen an sich darzustellen.

Auch wenn eine theoretische Abhandlung über die Funktion von Wahlen und parlamentarischer Demokratie anders aussehen würde, wollen wir mit diesem Statement klarstellen, daß ein kritisches Verhältnis zu herrschenden demokratischen Strukturen und Institutionen notwendig ist, um eben nicht geistig in ihnen aufzugehen, sondern ihre gesellschaftsstabilisierende Kraft zu erkennen:

Und wieder steht die Wahl zum Studierendenrat an, dessen Mehrheit dann anschließend für ein weiteres Jahr die Zusammensetzung des AStA bestimmt. Der ganze Campus geht in Plakaten, vor allem aber die Mensa in Flugblättern, unter.

Das ist schon eine skurrile Situation. Niemals sonst im Jahr gibt es so viel hochschulpoliti-

sches Engagement, wie in den zwei Wochen vor der Wahl. Niemals sonst stehen so viele Leute dafür so früh auf, um noch vor 8:15 ihre Flugblätter in Veranstaltungsräumen zu platzieren. Da erscheinen auf einmal Menschen, die den Rest des Jahres an unserer Uni überhaupt nicht politisch aktiv sind. Solche, die das ganze Jahr immer nur darüber meckern und lästern, was andere machen, oder gar solche, die sonst nur in ihren Parteikreisen verkehren und denken.

Auf all diese Menschen treffen wir, wenn auch wir zur Wahlzeit durch die Uni ziehen, Plakate kleben und Flugblätter verteilen. Und wir denken uns oft dabei: „Wenn so viele Studierende das ganze Jahr lang kontinuierlich für ihre Interessen politisch aktiv wären, Scheiße, was könnten wir da alles erreichen!“

Aber all diese Menschen verschwinden, wenn sie die Wahl nicht gewonnen haben wieder für ein Jahr in der Versenkung. Diese praktische Erfahrung, dass es im Wahlkampf nicht um die politische Sache, sondern um Macht und Posten geht, ist es, weshalb uns der Wahlkampf ankotzt.

Alle sitzen dann auf Wahlkampf-Vorbereitungstreffen und überlegen, wie sie sich bei der Masse der Studis am besten anbieten können. Mehr als um die politische Sache, geht es darum, sich als die Besten und Coolsten zu verkaufen oder sogar noch so zu

tun, als würde man sich den ganz dringenden Problemen jedes Einzelnen annehmen wollen. Das ekelt uns ziemlich an, denn wir wissen wozu Wahlversprechen gut sind. Sie sollen einer emotionalen Entscheidung den Vorrang vor einer rationalen geben.

Aber wer glaubt denn schon ernsthaft, dass 9 gewählte studentische AStA-Hanseln in ihrer Freizeit mal eben die dringlichsten studentischen Probleme lösen. Das geht nicht. Erstens sind das einfach zu wenige und zweitens kennen die gar nicht die Probleme von 20.000 Studierenden. Deshalb finden wir Wahlen scheiße. Weil sie darüber hinwegtäuschen sollen, wie wirkliche Problemlösungen und Verbesserungen erreicht werden können. Ganz viel von ganz wenigen vertreten zu lassen, bringt es einfach nicht.

Dennoch treten wir zur Wahl an, nehmen an diesem Prinzip teil, ohne darin aufgehen zu wollen. Wir wollen nicht stellvertretend für euch sprechen oder handeln, sondern gemeinsam mit euch, denn erst das verleiht uns allen politisches Gewicht. Und wenn dabei nicht bloß 9 gewählte VertreterInnen, sondern möglichst viele Studis auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur des AStA zurückgreifen können, dann hilft das unheimlich. Deshalb treten wir zur Wahl an und machen Wahlkampf. Denn ansonsten gibt es auch schönere Dinge, die wir in unserer Freizeit tun könnten.

**Wahlen können die Illusion wecken,
Einfluss auf die Politik zu haben.**

(Neue EU-Kennzeichnungspflicht für Wahlwerbung)

Fünftes Europäisches Peoples' Global Action Treffen in Nord Griechenland vom 18. bis 25. August 2008

pga infopoint and working group

PGA- People's Global Action – startete im Jahr 1998, als ein Werkzeug und eine lose Struktur um Gruppen und Menschen zu koordinieren, die in Übereinstimmung mit verschiedenen antikapitalistischen und antiautoritären Grundsätzen (siehe PGA Hallmarks) gemeinsame Kämpfe und Praktiken teilen. Das fünfte Treffen von Peoples Global Action in Europa wird dieses Mal in Griechenland stattfinden.

PGA initiierte 1999 die Interkontinentale Karavane, sowie die internationale Aktionstage gegen den G8, die WTO, die Weltbank, den IWF In Seattle, Genua, Prag und vielen weiteren weniger bekannten Events, war PGA eine treibende Kraft hinter verschiedenen Aktionen und Reflektionen. In Konzentration auf internationale Initiativen und lokale Kämpfe, suchen nun PGA nahe Gruppen nach neuem Schwung um die Stagnation zu überwinden.

In Europa treffen sich alle zwei Jahre Gruppen, die sich mit den PGA Grundsätze identifizieren, durch Initiative einer „EinberuferInnen“ Gruppe. Seit 1998 boten diese Konferenzen, über mehrere Tage, die Gelegenheit zum Austausch von Praktiken und Wissen, sowie zum knüpfen neuer Kontakte und Verbindungen, die uns eine bessere Oragisierung für gemeinsame Aktionen erlauben.

Das fünfte Treffen von Peoples Global Action in Europa wird dieses Mal in Griechenland stattfinden. Die Verantwortung für die Organisation und Koordination der Diskussion, die in den vergangenen europäischen PGA Treffen angefangen wurde, hat ein dezentrales Netzwerk von AktivistInnen und Gruppen aus dem Balkan übernommen. Genau das ist der essentielle Vorteil dieser Initiative. Die EinberuferInnen sind keine lokale Gruppe, wie bei vergangenen Konferenzen, sondern ein vitales dezentrales Balkan Netzwerk. In den letzten Monaten der Vorbereitung, wurden verschiedene Fragen, Probleme und Ideen für Aktionen bereits allen, die wir in die Vorbereitung der Konferenz involviert sind, erwähnt!!! Wieder in der Balkan Region!

Wir möchten eine lange Diskussion über lo-

kalen Aktivismus in Kombination mit einer globalen Perspektive, eröffnen. In anderen Worten, möchten wir über die Zukunft des PGA Netzwerks und seinen Prozess, über verschiedene Projekte, Themen und Aktionsideen diskutieren. Als Beispiel: an den folgenden Themen arbeiten wir bereits oder möchten Menschen einladen zu diesen Themen Treffen auf der PGA Konferenz zu eröffnen.

Autonome Freiräume und squatting, Patriarchat, Gender, Radikalfeminismus, Antirepression, Antimilitarismus, Biotechnologie, Umweltkämpfe, indigene Räume, Antiglobalisierung, G8, DIY Aktivitäten und das Teilen von Fähigkeiten, Fanzines, Infoläden, PGA Infopunkte, Land und Autonomie, Ökogemeinden, digitale Kämpfe und autonome Server, indymedia tools, Prekarisierung und Flexibilität, Radikaltheorie (radical theory), produktives networking, lokale Alternativen, Aktivismus, Andere, ...

Falls ihr beim Treffen mitmachen möchtet, brauchen wir folgende Informationen von euch!! Bitte sendet sie uns so schnell wie möglich an con2008@no-log.org. Denkt daran, dass unsere Dynamik nicht die Beste ist, wir eine Menge internationale Unterstützung brauchen und wir definitiv wissen müssen wieviele Leute planen zum Treffen zu kommen ...

ihr werdet auch Schlafsäcke und wahrscheinlich ein Zelt brauchen...

PGA Hallmarks (Eckpunkte)

1. Eine Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus, sowie aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.

2. Eine Ablehnung aller Formen und Systemen von Herrschaft und Diskriminierung, einschließlich (aber nicht ausschließlich) Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir erkennen die vollständige Würde aller Menschen an.

3. Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind;

4. Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.

5. Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist. Die PGA stellt ein Koordinationswerkzeug dar, keine Organisation. Sie hat keine Mitglieder und ist nicht juristisch repräsentiert. Keine Organisation oder Person kann die PGA repräsentieren.

Informationen, die wir von euch brauchen:

Name eurer Gruppe (wenn ihr/du zu einer Gruppe gehört), Anzahl der Leute, Workshop oder Thema, das ihr organisieren wollt (Name des Workshops und was ihr dafür brauchst, brauchst du z.B. einen Projektor?), Wollt ihr bei der Vokü helfen (auch diese Hilfe werden wir brauchen)

in Solidarität

pga infopoint and working group

Carambolage CALL-OUT for Global Office Berlin PGA-inspired Infopoint

Carambolage (Berlin)

Recognizing the need for an international space for activists in Berlin, the Carambolage Collective is issuing a call-out for people to join our efforts in creating a dynamic meeting space and a People's Global Action (PGA) Infopoint. We invite anyone who is interested in helping to realize this vision on a conceptual as well as a task-oriented level. We hope that activists will find out about what is going on and make connections here, talk to each other and give feedback.

We are an informal group who also loosely bases its ideas on the PGA Hallmarks:

- A very clear rejection of capitalism, imperialism and feudalism; all trade agreements, institutions and governments that promote destructive globalisation;
- We reject all forms and systems of domination and discrimination including, but not limited to, patriarchy, racism and religious fundamentalism of all creeds. We embrace the full dignity of all human beings.
- A confrontational attitude, since we do not think that lobbying can have a major impact in such biased and undemocratic organisations, in which transnational capital is the only real policy-maker;
- A call to direct action and civil disobedience, support for social movements' struggles, advocating forms of resistance which maximize respect for life and oppressed peoples' rights, as well as the construction of local alternatives to global capitalism;
- An organisational philosophy based on decentralisation and autonomy.

These were also the cornerstones of the Disent! International Network mobilisations against the G8 in past years.

We intend our infopoint to as a community space where we can make the decentralized PGA network more visible and maintain an open forum for the involvement of independent groups. PGA has no members, all collectives and individuals involved are autonomous. This creates a good infrastructure for mutually supporting a variety of projects

and initiatives. The Carambolage Collective started April 2007 with the creation of the anti-G8 infopoint. We are seeking more activists to expand the international support network to revive the anti-WEF movement as well. We also need more help to organize informational events and to kick off topic-related campaigns.

Some of our shorter term goals are to mobilize for anti-nuclear campaigns, anti-G8 and anti-NATO actions in Romania 2-4 April 2008. Furthermore, we plan to develop the Carambolage web site (www.carambolage.cc) which provides information on where to obtain legal advice for activists experiencing state repression. We also plan to assist in mobilizing efforts against the next WEF in Switzerland, support and endorse international protests and anti-capitalist campaigns, and finally, to campaign for the right of assembly at demonstrations in Germany. Additional ideas are to work on campaigns around current topics and to set up an archive of international activist materials in our office, available in different languages.

As already mentioned above, newcomers to the Carambolage collective would have plenty of struggles to plug into. 11-12 April 2008 are the decentralized Days of Action for Squats and Autonomous Spaces. This year, there will also be climate and anti-racist camps to get involved with. The next PGA conference is scheduled at the end of August in Greece, as well as campaigns against the US military bases in the Czech Republic and Poland.

We plan to have plenary meetings once a month so that everyone involved or who wants to get involved can come and exchange ideas. We would like to maintain not just an office, but create a clearing house of activist information. We see the global office providing materials, launching international solidarity campaigns with other anti-capitalist struggles outside of Germany and Europe, as well as network locally in Berlin. At times when global actions are scheduled to take place in Berlin, we want to provide a

local infrastructure for visiting activists. We would like to provide a networking space for independent media activists, squatters, radical workplace activists, and more.

If interested in becoming involved, please contact the Carambolage collective at: carambolage@riseup.net

Our general meetings are the first Tuesday of the month at 7 pm.

Our opening hours are Tuesdays, 7-9pm.

Both at the Glocal Office,

"New Yorck 59" (Bethanien)

Mariannenplatz 2, 10997 Kreuzberg

GLOBALIZE RESISTANCE: SI NOS TOCAN A UN@ NOS TOCAN TOD@SI!

FIGHT CAPITAL & ITS REACTION... FREE THE COMMONS!

**Let's cut ourselves free
from**

AUTHORITY

